

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3.50 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Abonnement in die Post: Bestellungen in die Post: Bestellungen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehobene Annoncenzeile über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Besprechungen 30 Pfg. Kleine Anzeigen: das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zählige 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen gelten das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Zeilen zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adress: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 21. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Starke russische Angriffe bei Dünaburg und am Dnjepr.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. März 1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Durch gute Beobachtungsverhältnisse begünstigt, war die beiderseitige Artillerie- und Fliegeraktivität sehr lebhaft. Im Maasgebiet und in der Woivre-Obere hielten sich auch gestern die Artilleriekämpfe auf besonderer Heftigkeit. Um unser weiteres Vorrücken gegen die feindlichen Verteidigungsanlagen in Gegend der Feste Douaumont und des Dorfes Baug zu verhindern, setzten die Franzosen mit Teilen einer neu herangeführten Division gegen das Dorf Baug einen vergeblichen Gegenangriff an; unter schweren Verlusten wurden sie abgewiesen.

Im Luftkampf schoß Leutnant Freiherr von Althaus über der feindlichen Linie westlich von Vihon sein viertes, Leutnant Bölle über dem Forges-Wald (am linken Maasufer) sein zwölftes feindliches Flugzeug ab. Außerdem verlor der Gegner drei weitere Flugzeuge, eines davon im Luftkampf bei Cuisy (westlich des Forges-Waldes), die beiden anderen durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze. Einem der letzteren stürzte brennend bei Reims, das andere, mehrfach sich überschlagend, in Gegend von Van de Sapt dicht hinter der feindlichen Linie ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ohne Rücksicht auf die großen Verluste griffen die Russen auch gestern wiederholt mit starken Kräften beiderseits von Postaw und zwischen Narocz- und Wizniew-See an. Die Angriffe blieben völlig ergebnislos.

In Gegend von Widsy stießen deutsche Truppen vor und warfen feindliche Abteilungen zurück, die sich nach dem gestrigen Morgen unternommenen Angriffen noch nahe vor unserer Front zu halten versuchten. Ein Offizier, zweihundertachtzig Mann von sieben verschiedenen Regimentern wurden dabei gefangen genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Fliegerangriff auf die englische Küste.

Amtlich. Berlin, 20. März 1916. (B. L. B.) Ein Geschwader unserer Marineflugzeuge besiegte am 19. März nachmittags militärische Anlagen in Dover, Deal und Ramsgate trotz starker Beschädigung durch Landbatterien

Chwoistows Rücktritt.

Der gestern veröffentlichte Erlaß des Zaren vom 19. d. M. gab kund, daß der Minister des Innern Chwoistow „auf seinen eigenen Wunsch“ des Amtes entbunden worden ist. Inwiefern die Amisenshebung Chwoistows auf seinen eigenen Wunsch zurückzuführen ist, mag dahingestellt bleiben. Zu bemerken ist jedenfalls, daß mit seinem Rücktritt ein interessanter Abschnitt in der inneren Politik Russlands abgeschlossen zu sein scheint. Nicht etwa in dem Sinne, als ob jetzt ein Umschwung in dieser Politik zu erwarten sei — die Ernennung des Ministerpräsidenten Stürmer zum Nachfolger Chwoistows ist eine genügende Gewähr für die vorläufige unbedingte Einhaltung des bisherigen reaktionären Kurses —, sondern insofern, als die farbprächtige Ministerkastei Chwoistows eine lehrreiche Etappe in der politischen Entwicklung Russlands während der Kriegszeit bildet.

Man konnte geneigt sein, schon in der Ernennung des früheren tollwütigen Gouverneurs von Nischni-Komgorod und nachherigen „Führers“ der echten Russen in der Duma zum Minister des Innern einen böshafter Scherz der Herren Russlands zu erblicken. Seiner Ernennung ging die plötzliche Verlegung der Duma im Herbst vorigen Jahres voraus, die der Bürokratie unbenommen geworden war, weil sie ein „Ministerium des Volkvertrauens“ forderte. Und gleichsam als Antwort auf diese Forderung präferierte die Regierung dem Lande einen neuen Minister, der zwar Abgeordneter der Duma war, aber in seiner ganzen Tätigkeit, wie nach der Haltung seiner Partei die Duma, wie jeglichen Parlamentarismus bekämpfte. Der neue Minister Chwoistow versuchte nun auf die verschiedenste Art der politischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Er hielt vor den Zeitungs-Korrespondenten stundenlange Reden, in denen er sämtliche politische, wirtschaftliche

und feindliche Flieger ausgiebig mit Bomben. Es wurden zahlreiche Treffer mit sehr guter Wirkung beobachtet. Alle Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. März. (B. L. B.) Amtlich wird verlautbart: Russischer Kriegsschauplatz.

Gestern abend wurde nach sechsmonatiger tapferer Verteidigung die zum Trümmerhaufen zerfallene Brückenschanze nordwestlich von Uscieczko geräumt. Obgleich es den Russen schon in den Morgenstunden gelungen war, eine dreihundert Meter breite Bresche zu sprengen, harrte — von achtsacher Uebermacht angegriffen — die Besatzung, aller Verluste ungeachtet, noch durch sieben Stunden in festigstem Geschütz- und Infanteriefeuer aus. Erst um 5 Uhr nachmittags entschloß sich der Kommandant Oberst Planell die ganz gefährdeten Verschanzungen zu räumen. Kleinere Abteilungen und Verbände gewannen auf Booten das Südufer des Dnjepr. Bald aber mußte unter dem konzentrischen Feuer des Gegners die Ueberschiffung aufgegeben werden und es blieb der aus Kaiserdragoonern und Sappeuren zusammengesetzten tapferen Schar, wenn sie sich nicht gefangen geben wollte, nur ein Weg, sie mußte sich auf dem Nordufer des Dnjepr durch den vom Feinde stark besetzten Ort Uscieczko zu unseren auf den Höhen nördlich von Zaleszczyn eingekesselten Truppen durchschlagen. Der Marsch mitten durch die feindlichen Stellungen gelang. Unter dem Schutze der Nacht führte der Oberst Planell seine heldenhafte Truppe zu unseren Vorposten nordwestlich von Zaleszczyn, wo sie heute früh eintraf. Die Kämpfe um die Brückenschanze von Uscieczko werden in der Geschichte unserer Wehrmacht für alle Zeiten ein Ruhmesblatt bleiben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Görzer Brückenkopf wurden gestern vormittag die feindlichen Stellungen vor dem Südtal der Podgorahöhe in Brand gesetzt. Nachmittags nahm unsere Artillerie die gegnerische Front vor dem Brückenkopf unter kräftiges Feuer. Nachts wurde der Feind aus einem Graben vor Penma vertrieben. Die Kämpfe am Tolmeiner Brückenkopf dauern fort. Die gewonnenen Stellungen blieben fest in unserer Hand. Die Zahl der gefangenen italienischen Soldaten stieg auf 925, jene der erbeuteten Maschinengewehre auf sieben. Mehrere feindliche Angriffe auf den Drski Brück und Kra brachen zusammen. Auch am Rombon eroberten unsere Truppen eine Stellung. Hierbei fielen 145 Italiener und zwei Maschinengewehre in ihre Hand. Die lebhafteste Tätigkeit an der Karawer Front hielt an. Im tiroler Grenzgebiet hielt der Feind den Col di Lana-Abchnitt und einige Punkte an der Südfront unter Geschützfeuer.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Inverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

und soziale Fragen spielend löste. Er reiste im Lande herum und versuchte die komplizierten Anwälte des wirtschaftlichen Wirrwurrs nach dem Muster Alexanders von Mazedonien mit einem Schläge zu zerhacken. Er konspirierte endlich — und das war für ihn wohl die Hauptsache — mit den Häuptern der Monarchistenvereinigungen, deren Vertrauensmann er war, um eine Basis für die Vergewaltigung der Duma im Lande zu schaffen. Nebenbei inspirierte er die protokolatorische Politik gegen die Juden, organisierte insgeheim Pogroms (in Astrachan und Waku), förderte mit allen Mitteln die Deutschenhete, betrieb eine wüste Demagogie auf wirtschaftspolitischen Gebiet und kokettierte endlich mit jenem Teil der Arbeiter, die, verleitet von der altbörsischen Propaganda der Mechanom-Leute, ihren Gogenfah zur Regierung zu vergessen schienen. Doch sehr bald verblähten die Farben dieser vielseitigen Tätigkeit des vielseitigen Ministers. Er massierte sich zwar à la Stolypin, aber ihm fehlte selbst die brutale Kraft dieses reaktionären Draufgängers. Er versuchte zwar, sich der Forderungen der liberalen Bourgeoisie mit einigen verächtlichen Handbewegungen zu erwehren, aber in der Budgetkommission der Duma kniete er vor den Anklagen der Abgeordneten wie ein Schulbube zusammen, der sein Pensum nicht zu bewältigen vermochte. Er kokettierte zwar mit den Arbeitern, aber als sie fortgesetzt ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen vorbrachten, wußte er nichts Besseres, als ihnen unmutig zu bemerken: „Macht Schrotzells, versfertig Geschosse, laßt aber die Regierung mit Euren Beschlüssen in Ruhe!“ So wuchsen auch diesem „Reformer“, dessen Unwissenheit nur durch seine Großschändigkeit überboten wurde, die Dinge über den Kopf hinaus. Und als schließlich die Duma wieder einberufen werden mußte und die Anklagen namentlich gegen das Ressort Chwoistows kein Ende nahmen, als zuletzt noch der neue Pogrom in Waku mit seinen stürmischen Nachwirkungen in der Duma hingulag, da schlug auch die Abschiedsbunde

Chwoistows. Sein Abschied dürfte wohl kaum irgendwas — mit Ausnahme seiner engeren Gefinnungsfreunde — Bedauern ausgelöst haben.

Ueber die Vorgänge, die zur Verabschiedung Chwoistows geführt haben, unterrichtet ein telegraphischer Bericht des „Berliner Tageblatts“ aus Stockholm:

Die Budgetdebatte in der Montags Sitzung der Duma begann mit scharfen gegen den Minister des Innern Chwoistow gerichteten Angriffen, die sachlich nichts Neues zu dem brachten, was die liberalen Blätter seit Monaten wiederholten. Der Ton der Angriffe war jedoch weit scharfer als sonst. Besonders Eindruck machten die Worte des Adolten Adische mow, mit denen er auf den letzten Agewißstand anspielte: „Chwoistows Politik ist keine innere Politik, sondern die eines Boulevardromans, mit nahezu legendären Geschichten von Attentaten auf das Leben bedeutender Persönlichkeiten.“ Die Dumamehrheit schrie nach dieser Bemerkung: „Chwoistow soll zurücktreten!“ Adshemow wies darauf hin, daß Chwoistow alles auf seine Rolle legen oder auf die Organisationen abwälze. Chwoistow habe erklärt, daß er seinen Tag auf seinem Posten verbleiben würde, wenn solche Kreise existierten, die Rußland zum vorläufigen Frieden treiben wollten. In der Tat hindere er aber indirekt die Kriegsoperationen durch Hervorrufung eines Stillstandes der Arbeiten in den Kriegsfabriken. „Wir wissen“, sagte Adshemow, „daß gerade, während wir hier sprechen, sich in unserer bedeutendsten Waffenfabrik Putilow erste Ereignisse abspielen. Die ganze Fabrik kreißt. Diese Streiks hat das Polizeidepartement provoziert. In den Putilow-Werken gründete die Regierung einen Lebensmittellebensmittelverein für die Arbeiter, deren Leiter Propaganda für eine Gegenrevolution betreiben, indem sie sich hierzu gefälschter Dokumente. Über die schädliche Tätigkeit des Semstwoverbandes und der Kriegsindustrievereine bedauern. Chwoistow hielt sein Versprechen nicht, als er sich als Freund der Arbeiter ausgab. Wie behandelt er jedoch die Arbeiter?“ (Zwischenruf: Er läßt sie täglich verhaften!) Adshemow fährt fort: „Ueber Chwoistows Verhältnis zur Peteraburger Telegraphenagentur, die die Dumareden unterbrückte, sprachen bereits andere Redner. Aber niemand hob hervor, daß er die Rede Skobolews (des Staatsredners der sozialdemokratischen Fraktion) fälschen ließ. Eine derartige Politik ist kurzfristig, da sich doch das Volk auf lange Zeit unmöglich betrügen läßt. Wenn unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg ziele, so müssen wir zunächst diese Regierung voll Lügen und Klamejucht besiegen.“

Hier unterbricht der Vorsitzende den Redner. Eine ähnliche scharfe Kritik übte der Oktobrist Schiblowoff. Die Nation gehe mit ihrem geschichtlichen Wege vorwärts, die Regierung halte sie jedoch zurück durch einen Mangel an Organisation, der alles Zusammenarbeiten zunichte mache. „Die Untätigkeit der Regierung wäre schon in Friedenszeiten ein Verbrechen, in Kriegszeiten finde ich kein passendes Wort dafür.“ Auf den Regierungsbänken sei man der Meinung, die Stärke der Regierung hänge von der Energie ab, mit der sie gegen das Volk arbeite. Sie betrachte ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Gesellschaft als Zeichen der Schwäche. Alle Elemente der Duma, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, seien mit der Regierung unzufrieden. In Bezug auf die beiden Hauptaufgaben, die Chwoistow zu erledigen hatte, nämlich die Bekämpfung der Teuerung und die Bekämpfung des deutschen Einflusses im Innern Russlands sagt Schiblowoff, die Lebensmittel seien nur noch teurer geworden, da Chwoistows Maßnahmen nur Schaden gebracht hätten. Bei der Bekämpfung des Deutschtums müsse man sich immer nur gewaltiger Mittel bedienen. (Beifall.) Der Nationalist Sawenko hebt hervor, daß Rußland gut finanziert gewesen sei, jedoch niemals eine gute Politik verfolgt habe. Wir wissen nicht, was uns noch bevorsteht. Freilich, die Massakros und Schifgeblowitzs (zwei verabschiedete Minister, die an der Spitze der Monarchistenvereinigungen stehen) richteten wiederholt an den Zaren Schreiben wegen eines Separatfriedens. In meinem Privatbesitz befindet sich eine Abschrift eines dieser Schreiben, worin sie erklären: „Lieber eine Niederlage durch deutsche Waffen, als dem Volke nachgeben.“ (Rufe: Lügner, Verräter, Verräter!) Sawenko fährt fort: Die Regierung nütze die jetzige Lage aus, um sich festzusetzen. Da der geheime Reunionsvertrag für Besatzungen nicht ausreichte, sei dieser um weitere fünf Millionen vergrößert worden, man könne mit dieser Summe viele besetzen. Er sei aber überzeugt, daß das russische Gemeinwesen in seiner Gesamtheit sich nicht besetzen lasse. Die Regierung sei parteiisch und habe den Zusammentritt des Semstwokongresses in Moskau verboten, jedoch den Monarchistenkongress erlaubt. Die Regierung habe jedoch die Millionen Russen in geistiger Stellung vergessen, die für Russlands Zukunft mit dem Sieg der Freiheit und des Gesetzes ungetrennbar vereinigt ist. Ein Waffenstillstand mit der Regierung sei nur denkbar auf

Grund der Erfüllung des Programms des fortschrittlichen Blocks. Das Land und die Duma hätten genug nachgegeben, jetzt sei die Reihe an der Regierung.

Auf diese Erörterungen dürfte sich die Vorgeschichte des Rüditsch Thwojows kaum beschränken. Die Einzelheiten der weiteren Begebenheiten in der verflochtenen Woche, über die noch keine Berichte vorliegen, werden wohl noch manches in dem geschilderten Bild ergänzen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntag nachmittag. Desfilé der Maas richtete der Feind nach einer heftigen Beschließung gestern nachmittag sein Feuer und einen ziemlich lebhaften Angriff gegen die Front Vaux-Damloup. Die Deutschen wurden durch Sperreuer zurückgetrieben. Ihr Versuch scheiterte vollkommen. Im Laufe der Nacht hat keine feindliche Infanterietätigkeit stattgefunden. Zeitweilig unterbrochene Artillerietätigkeit in allen Abschnitten der Gegend von Verdun. Die Nacht verlief an der ganzen Front ruhig. Bei den Luftkämpfen in der Gegend von Verdun hat eines unserer Flugzeuge ein feindliches angefahren, das brennend in die Linien bei Monzeville abstürzte. Fünf unserer mit Doppelmotoren ausgerüsteten Flugzeuge haben den Bahnhof Metz-les-Sablons, feindliche Munitionslager bei Chateau Salins und das Flugfeld von Dieuze beschossen. Dreißig großkalibrige Geschosse wurden im Verlauf dieser Streife abgeworfen, davon zwanzig auf den Bahnhof von Metz. Eines unserer Kampfflugzeuggeschwader, das aus dreißig Flugzeugen bestand, hat zweihundertfünfzig Geschosse auf den Flugplatz Habsheim und den Güterbahnhof von Rülhousen abgeworfen. Feindliche Flugzeuge, die zur Verfolgung der Unserigen aufstiegen waren, verwickelten sie in einen Luftkampf, in dessen Verlauf ein französisches und ein deutsches Flugzeug durch Maschinengewehrfeuer zum Absturz gebracht wurden. Zwei andere deutsche Flugzeuge sind brennend abgestürzt. Drei von unseren Flugzeugen wurden ernstlich beschädigt und mußten auf feindlichem Gebiete niedergehen.

Paris, 20. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntagabend. Nördlich von Reims hat unsere Artillerie heftige Feuer auf feindliche Gräben bei La Neuville und bei der Ferme Godat ausgeführt. Deutliche Tätigkeit unserer Batterien in der Gegend von Ville au Bois. In der Gegend nördlich von Verdun hat das Bombardement merklich nachgelassen. Im Laufe des Tages hat der Feind keinen Angriffsvorstoß unternommen. Nördlich von St. Mihiel hat unsere schwere Artillerie Proviantniederlagen bei Barvinay beschossen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden. Adjutant Rabarre hat sein feindliches deutsches Flugzeug in der Gegend von Verdun abgeschossen. Das feindliche Flugzeug ist in unsere Linien gefallen.

Belgischer Bericht. Große Artillerietätigkeit an der Front der Belgischen Armee, besonders in der Gegend von Dignude und nördlich von Steenstraete.

Die englische Meldung.

London, 19. März. (W. Z. V.) General Haig berichtet: Artillerietätigkeit bei Arras, Amentières und Wytschaete. Zahlreiche Luftkämpfe, in denen wir alle Angriffe erfolgreich abgeschlagen haben.

Ein englisches „Verteidigungskorps“.

London, 19. März. (W. Z. V.) Amtlich. Der König hat die Bildung eines neuen Korps genehmigt, das die Bezeichnung königliches Verteidigungskorps tragen und denselben Sold wie die reguläre Infanterie erhalten soll. Die Zwecke des neuen Korps werden nicht angegeben. Man vermutet, daß ein Zusammenhang bestehen dürfte mit der Stellung der verheirateten Männer, die nach dem Derbyplan angeworben sind.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 20. März. (W. Z. V.) Amtlicher russischer Bericht vom 19. März. Westfront: Im Abschnitt Niga richtete der Feind ein heftiges Artilleriefeuer gegen den Brückenkopf von Uxjal. Weiter südlich, im nördlichen Teile des Abschnittes Jakobshat, war Artilleriekampf. In der Gegend von Widj beschloß unsere Artillerie die deutschen Gräben. Bei dem Dorfe Medschan (8 Kilometer) südlich Tweretsch versuchte der Feind anzugreifen, wurde aber zurückgeschlagen. Feindliche Artillerie entwickelte in der Gegend des Feldens Smorgon einige Feuerfähigkeit. In der oberen Strypa eroberten unsere Jagdkommandos einen feindlichen Schützengraben und wiesen durch ihr Feuer Gegenangriffe des Feindes zurück. In derselben Gegend wurde ein Versuch des Feindes, an das Dorf Jozefowka (18 Kilometer südwestlich Tarnopol) heranzukommen, vereitelt.

Schwarzes Meer: Unsere Verstärker versenkten an der bulgarischen Küste einen Dampfer, der Benzin geladen hatte. Sie wurden dabei erfolglos von Flugzeugen angegriffen, die 8 Bomben abwarfen. Die Mannschaft des Dampfers wurde von den Verstärkern an Bord genommen.

Kaukasus: Auf der Verfolgung der Türken erbeuteten wir in der Gegend von Ramachatur 2 Feldgeschütze.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 20. März. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntag. Längs der Grenze des Trentino (Hoch-Tirol) im Laufe des 17. März zeitweise ausfegende Tätigkeit der Artillerie. Die feindlichen Geschütze beschossen unsere Stellungen auf dem Monte Collo (Suganatal), die weiter fest in unseren Händen sind. Im Zellatal unternahm unsere Eskadren unsere Einfälle bis jenseits des Pontebanabaches und nach Neopoldskirchen. In der Nacht zum 18. März nahm eine unserer Gebirgsabteilungen, von Artillerie unterstützt, die Stellung Gelbe Wand, nördöstlich von Montasio (Hoch-Dogana) und vertrieb den Feind, wobei einige Gefangene gemacht wurden. Durch das Seiseretal herbeieilende feindliche Verstärkungen wurden durch das wirksame Feuer unserer Batterien in Entfernung gehalten. In der Gegend von Tolmein ließ der Feind starkem Artilleriefeuer am 18. März heftige Angriffe gegen unsere Linien auf der Santa Mariahöhe folgen. Nach einem Kampfe mit wechselndem Erfolge, in dessen Verlauf wir 41 Feinde, darunter zwei Offiziere gefangen nahmen, gelang es dem Gegner sich in einigen vorgeschobenen Teilen unserer Verteidigungswerke einzurichten. Auf der übrigen Nonzofront dauerte der Artilleriekampf an. Feindliche Flieger beschossen übermals die Punta Sdobba ohne Schaden anzurichten.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 20. März. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: An der Front hat am 18. März eines unserer Flugzeuge einige Bomben auf Rut el Amara geworfen und ein Geschütz und eine Abteilung des Feindes getroffen. Am 18. März nahmen wir im Verlauf eines Gefechtes mit einer feindlichen Abteilung in der Umgebung des Suezkanals fünf indische Soldaten gefangen. Sonst ist nichts zu melden.

Definitive Einverleibung von Nordepirus durch Griechenland.

Bern, 20. März. (W. Z. V.) Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Athen: Ein von heute datiertes königliches Dekret erklärt die Provinzen von Nordepirus als definitiv zu Griechenland gehörig und befehlt die griechische Gesetzgebung und Verwaltungsorganisation auf sie aus.

Amtliche englische Erklärung zum Sinken der „Tubantia“.

London, 19. März. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Unter Bezugnahme auf die amtliche deutsche Erklärung, daß die „Tubantia“ weder durch ein deutsches Unterseeboot noch durch eine deutsche Mine zum Sinken gebracht worden ist, stellt der Sekretär der britischen Admiralität fest, daß zur Zeit des Untergangs der „Tubantia“ kein englisches Unterseeboot in der Nähe gewesen ist.

Zur Versenkung der „Palembang“.

London, 19. März. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Nach einem Monatsbericht ging die Bemannung der „Palembang“, sobald die Explosion stattgefunden hatte, in die Boote, die schnell niedergelassen waren. Alle wurden gerettet. Nach ihrer Landung erklärten mehrere Matrosen, daß drei Torpedos auf die „Palembang“ abgeschossen waren; das erste traf das Schiff hintersteven, das zweite am Vordersteven und das dritte Mittschiffs. Die Besatzung begab sich nach London. Das Schiff sank so schnell, daß niemand seine Habe retten konnte. Ein Rotterdammer namens Iversen erklärte einem Vertreter von Lloyd: Niemand kann mit Bestimmtheit ausfallen, ob das Schiff torpediert oder auf eine Mine gelaufen sei. Niemand hat ein Unterseeboot oder Periscope gesehen. Auf die erste Explosion folgten sofort zwei andere. Am stärksten war die dritte. Das Schiff sank etwa in sechs Minuten. Sechs Matrosen sind verwundet.

London, 19. März. (W. Z. V.) Ein Sonderbericht Reuters meldet: Obwohl der Kapitän der „Palembang“ sich weigert, sich darüber zu äußern, ob das Schiff torpediert worden oder auf eine Mine gelaufen sei, die Mehrheit der Bemannung erklärt, daß das Schiff nicht hätte auf drei Minen laufen können, und daß namentlich die letzte Explosion nicht durch eine Mine verursacht sein könne, da das Schiff bereits still lag. Kapitän und Bemannung gingen in die Boote und wurden durch einen englischen Torpedojäger aufgenommen. Der erste Offizier teilte mit, daß die erste Explosion leicht, die zweite schwer und die dritte unbefriedigend stark war. Nach der ersten Explosion hatte man die Maschinen rückwärts arbeiten lassen. Das Schiff lag fast still, als die zweite Explosion erfolgte, und bei der dritten lag es ganz still. Die dritte erfolgte nicht durch das Springen der Kessel. Die Explosionen fanden zwischen 11 Uhr 25 Minuten und 11 Uhr 32 Minuten statt. Das Schiff sank 11 Uhr 37 Minuten vormittags.

Haag, 19. März. (W. Z. V.) Auch heute ist beim Marineministerium kein Bericht über den Verlust des Dampfers „Palembang“ eingelaufen.

Der Uebertritt der Kameruner Deutschen auf spanisches Gebiet.

Amtlich. Berlin, 20. März. (W. Z. V.) Schon vor einiger Zeit kam die Nachricht hierher, daß etwa 900 Europäer von Kamerun aus auf spanisches Gebiet übergetreten seien. Es wird nunmehr seitens des deutschen Votschafters in Madrid als Mitteilung der spanischen Regierung berichtet, daß unter den Uebergetretenen sich der Gouverneur befindet und sich im übrigen die Gesamtzahl aus 78 Offizieren, 22 Werten, 310 Unteroffizieren und Krankenpflegern, 170 Soldaten sowie 400 Zivilpersonen zusammensetzt. Aus diesen Zahlen läßt sich der Schluß rechtfertigen, daß es allen noch im Schutzgebiet befindlichen Europäern, sowohl den der aktiven Schutztruppe angehörigen und zu deren Verstärkung eingezogenen, als auch den sonst im Lande sich aufhaltenden Deutschen gelungen ist, sich der französisch-englischen Kriegsgefangenschaft zu entziehen. Die Namen der nunmehr unter dem Schutz der spanischen Regierung stehenden Deutschen sind zurzeit noch nicht bekannt.

Verwarnung des Kardinals Mercier.

Brüssel, 19. März. (W. Z. V.) Auf den in den Kirchen der Erzdiözese Mecheln verlesenen Pastoralbrief des Kardinals Mercier hat der Herr Generalgouverneur unter dem 15. März ein Schreiben an Seine Eminenz gerichtet. Das Schreiben ist heute in Brüssel veröffentlicht worden und lautet wie folgt:

Eure Eminenz bringe ich das Folgende zur Kenntnis: Von hoher Stelle, die in erster Linie zur Wahrung der Interessen der katholischen Kirche berufen ist, ist mir wiederholt auf das Bestimmteste bedeutet worden, Eure Eminenz würden nach Ihrer Rückkehr aus Rom volle Mäßigung bewahren. Ich durfte mich also der Erwartung hingeben, daß Eure Eminenz sich der Rumbombungen enthalten würden, welche die Gemüter der leicht erregbaren Bevölkerung Belgiens immer wieder in Verwirrung setzen. Aus diesem Grunde hatte ich auch davon abgesehen, eine Auseinandersetzung mit Eure Eminenz über die an Ihre Reise sich knüpfenden Vorkommnisse herbeizuführen. Ich meine namentlich den Kollektivbrief der belgischen Bischöfe und die mißbräuchliche politische Ausnützung des freien Geleites, welches der Heilige Vater Eure Eminenz zu rein kirchlichem Zwecke für die Fahrt zu ihm erwirkt hatte. Mit Ihrem neuen Pastoralbrief haben Eure Eminenz den von beider Seiten gegebenen Versicherungen nicht nur nicht entsprochen, sondern Ihr Verhältnis zur okkupierenden Macht auch neue verschärft. Es kann selbstverständlich nicht der geringste Zweifel bestehen, daß ich Eure Eminenz niemals hindern würde, den Gläubigen das zu übermitteln, was der Heilige Vater durch Ihren Mund zu ihrer Kenntnis bringen läßt. Aber darüber hinaus ergeben sich Eure Eminenz in Pastoralbriefen in rein politischen Erörterungen, wogegen ich entschiedene Verwarnung einlege. Dabei muß ich es geradezu unterantwortlich bezeichnen, wenn Eure Eminenz in einer den Tatsachen offen widersprechenden Weise unbegründete Forderungen auf den Kriegsausgang erweisen. So erwähnen Eure Eminenz, um Ihre Behauptungen zu stützen, ungenaue Zeugnisse von Persönlichkeiten, die den Ereignissen völlig fernstehen und sicherlich nicht als Sachverständige gelten können. An einer Stelle suchen Sie damit zu wirken, daß Sie von der Möglichkeit sprechen, die Ihnen erwünschte Erscheinung könne von der Verbreitung ansteckender Krankheiten erhofft werden. Mit solchen Willkürlichkeiten versehen Eure Eminenz die leichtgläubige Bevölkerung in schädliche Aufregung und bringen sie dazu, der Verwaltungstätigkeit der Okkupanten aktiven oder passiven Widerstand entgegenzusetzen.

Als besonders unzulässig hervorheben muß ich aus Ihrem Pastoralbriefe noch die Anspielung auf eine Bedrohung der religiösen Freiheit der Bevölkerung im besetzten Gebiete. Eure Eminenz wissen am besten, wie völlig ungerechtfertigt diese Verdächtigung ist.

Unter diesen Umständen werde ich entgegen meiner bisher geübten Langmut nunmehr jede im Schutze der Konstitution betriebene politische Betätigung und Schürung feindseliger Stimmung gegen die völkerrrechtlich legitime Autorität der okkupierten Macht unmissverständlich verfolgen, wie ich es pflichtgemäß auf Grund meiner Verordnungen und in Erfüllung meiner Aufgaben tun muß. Wenn ich bisher Verstöße von Geistlichen Eure Eminenz zur Abmildung auf dem Wege der kirchlichen Disziplin übermittelte, so muß ich jetzt ein für allemal davon Abstand nehmen, denn Eure Eminenz selbst geben das Beispiel der Unbotmäßigkeit, und insoweit ist von Ihrer Einwirkung keinerlei Erfolg mehr zu erwarten. Ich muß sogar mehr und mehr Eure Eminenz die moralische Verantwortung dafür zuschreiben, daß so viele Geistliche sich zu bedauerlichen Vergehungen hinreißten lassen und sich teils schwere Strafen zuziehen. Eure Eminenz werden mir wieder entgegennehmen wollen, daß ich die einzelnen Ausführungen des Pastoralbriefes mißverstanden, oder ihnen eine Auslegung gegeben hätte, welche nicht in Ihrem Sinne war. Da derartige Auseinandersetzungen keinerlei Früchte tragen, bin ich nicht mehr gewillt, sie aus neue stattdessen zu lassen. Ich bin vielmehr fest entschlossen, in Zukunft nicht mehr zu dulden, daß Eure Eminenz unter Mißbrauch Ihres hohen Amtes und der Ihrem kirchlichen Amte schuldigen Ehrerbietung eine politische Aufregung betreiben, für welche jeder einfache Bürger zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden würde. Ich warne Eure Eminenz, nicht mehr mit politischer Betätigung hervorzutreten.

Genehmigen Eure Eminenz den Ausdruck ausgezeichnetster Hochachtung

Freiherr von Bissing,
Generalgouverneur.

Seiner Eminenz Herrn Kardinal
Mercier, Erzbischof von Mecheln
in Mecheln.

Vertrauensvotum für Salandra.

Rom, 20. März.

Die Kammer genehmigte auf Salandras Antrag in namentlicher Abstimmung mit 394 gegen 61 Stimmen folgende von Rorpurgo eingebrachte Vertrauens- Tagesordnung:

Die Kammer vertraut, daß die Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen ihre eigene wirtschaftliche und finanzielle Politik so weiter führt, daß sie die wirksamste Verteidigung des landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Lebens des Landes ergreift.

Vor Annahme dieser Tagesordnung hielt Ministerpräsident Salandra die Schlußrede der mehrstündigen Debatte. Er erklärte unter gespanntester Aufmerksamkeit des Hauses, daß er mit Klarheit in einem Augenblick sprechen werde, in dem das Land Männer am Ruder sehen wolle, die klare und bestimmte Gedanken hätten und es verständen, ihre Gedanken ohne Verzug und Zaudern in Wirklichkeit umzusetzen. (Beifall.) Er erkenne an, daß die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik das ganze Ministerium treffe und dies nicht nur aus einem Gefühl ministerieller Solidarität heraus. Es würde unnützlich sein, versichern zu wollen, daß kein Irrtum oder Mangel an Voraussicht vorgekommen wären, ebenso wie es verneinen sein würde, sich in der Zukunft nichts Derartiges mehr ereignen würde. Man müsse an die Umbildung denken, die dieser Brand ohne Gleichen in der Geschichte, in allen Ideen und Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens hervorgerufen habe, eine Umbildung, die alles übertreffe, was der weiteste und klügste Nachhabe hätte voraussehen können. Die Regierung habe das Gefühl, daß sie so viel wie möglich die Kräfte der Nation unterstützen müsse, und habe sich bemüht, diese Aufgabe zu erfüllen, ohne jemals zuzustimmen oder Mitarbeit abzulehnen. (Zustimmung.)

Es ist nicht der Zeitpunkt, an große Verwaltungsreformen heranzugehen. Man ändert nicht eine Maschine in dem Augenblicke, wo sie den größten Effekt erzielt. Es ist nicht richtig, daß Frankreich und England im gegenwärtigen Moment ihre Regierungen geändert haben. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten durch keine menschliche Gewalt und durch keine menschliche Klugheit vermieden werden, wie groß auch die Pflicht der Regierung sei, sie zu mildern. Wenn die gegenwärtigen Minister nicht imstande sind, diese Aufgabe zu erfüllen, hat die Kammer die Pflicht, sie zu ersetzen. Im Laufe der Debatte ließen sich edle Stimmen vernehmen, die das Land ermunterten, weitere Opfer zu bringen. Die Bemühungen jedes einzelnen müssen darauf gerichtet sein, die gehobene Stimmung der Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten. Kein Wort darf gesprochen werden, das die Stimmung des Volkes drücken könnte. Wer es ausdrückt, handelt gegen das Vaterland. Salandra forderte dann jedermann ohne Unterschied der Partei oder der Klasse auf, mitzuarbeiten an der Stärkung der geistigen Widerstandskraft des Landes. Die Redner, die von den konservativen Kreisen des Kabinetts sprachen, erinnere er daran, daß Sonnino und Cavasola alte glänzende Anhänger der Interessen und Rechte der Arbeiter seien.

Mehrere Redner haben von der Führung des Krieges gesprochen. Die Kammer soll offen und ohne Hören aussprechen, ob die Männer, die sich an der Regierung befinden, die geeignetsten sind, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Man müsse anerkennen, daß das Ministerium das Verdienst habe, den Krieg begonnen und seine Ziele festgesetzt zu haben. Um diese Ziele zu erreichen, hätten die Männer der Regierung Leiden erduldet. Man dürfe eine Kabinetskrise nicht fürchten, wenn man glaube, daß diese Krise von Nutzen sein werde. Wenn dies Ihre Meinung ist, sagte der Ministerpräsident, dann sprechen Sie dies durch Ihre Abstimmung aus, ohne sich zurückzuhalten, um die Krise etwa morgen hervorzurufen. Wenn andere geeigneter sind als die gegenwärtigen Minister, den Krieg zu führen, dann ist es besser, wenn die Krise heute kommt statt morgen. Jene, die der Regierung vorgeworfen haben, mit dem Eingreifen Italiens kein Geschäft gemacht zu haben, erwidere ich, daß mit Intervention ein Geschäft zu machen, ihre Entwürdigung bedeutet hätte. (Beifall.) Wir müßten erhabenen Hauptes das Bündnis verlassen, an das wir seit dreißig Jahren gebunden waren, und nicht so, als ob wir eine Erpressung überdauern wollten, und Italien hat erhabenen Hauptes das Bündnis verlassen. (Langanhaltender Beifall.)

Man hat gefragt, ob die Regierung beim Abschluß der neuen Bündnisse die Interessen Italiens gesichert hätte. Hohe Staatsräthen verbiethen dem Ministerium die Antwort darauf. Möge jeder nach Bedenken und Vernunft urteilen. Denjenigen, die von einem größeren Kriege gesprochen haben, ist zu antworten, daß solche Argumente in einer politischen Versammlung nicht besprochen werden können, wobei anzuerkennen ist, daß die Redner, die sich mit der Frage beschäftigt haben, dies mit großer Mäßigung getan haben. Was die Kriegsführung anbetrifft, so muß man zu den Führern der Armee Vertrauen haben. Den Argwohn aussprechen, daß die Regierung sich nicht eifrig genug zugunsten des Krieges zeige, kann nur dem Feinde Vergnügen bereiten. Es ist schmerzhaft, daß die edle patriotische Bewegung beeinträchtigt wird durch Treibereien, die die Tätigkeit der Regierung im gegenwärtigen Augenblicke mindern wollen. (Beifall.) Die Regierung ist nicht verschwendlich mit Worten, aber man kann ihr keinen Mangel an Eifer vorwerfen. So lange unsere alten Herzen nicht brechen, werden sie Quellen dieses Eifers sein können, sie brauchen nicht anderswo zu schöpfen. (Beifall.) Heute sind zwei Jahre verfloßen, seit die Regierung ihr Amt übernommen hat. Da die Macht der Ereignisse gewollt hat, daß die gegenwärtigen Zeiten denkwürdig in den Jahrhunderten sind, gehören die Taten der Regierung dem Urteil der Geschichte an. Wenn die Minister einigens Verdienst haben, so wollen sie sich dessen nicht rühmen, um eine günstige Abstimmung des Parlaments zu erlangen. Bevor Italien in den Krieg eintrat, hatten fremde Votschaster zu schreiben gewagt, daß Italien wenig gelte als Verbündeter und wenig als Feind. Heute wird Italien von seinen Bundes-

genossen gerecht gewürdigt und von seinen Feinden nach Gebühr respektiert. (Lebhafter Beifall.) Möge die Kammer die Männer zur Regierung rufen, die sie für geeignet hält zur Erreichung der Ziele des Landes. Was von Bedeutung ist, ist nur, daß diese Ziele erreicht werden. Damit aber die Regierung mit Nutzen tätig sein kann, muß sie des ständigen Vertrauens des Parlamentes sicher sein. (Lebhafter Beifall.) Möge Ihre Abstimmung klar, deutlich, ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken sein. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Vissolati sprach darauf im Namen der Reformsozialisten, der Radikalen, der konstitutionellen Demokraten, der liberalen Linken und der Mehrheit der Republikaner und erklärte, daß, da seine Anstrengungen und die Anstrengungen derjenigen, in deren Namen er spräche, auf den Erfolg des Krieges hingen, ihre Abstimmung nur die Bedeutung einer Ermahnung haben könnte. Sie wolle belagen, die Regierung müsse auf bessere wirtschaftliche Organisation des Landes während des Krieges und auf eine Vorbereitung der wirtschaftlichen Organisation nach dem Kriege bedacht sein. Aber diese Abstimmung habe auch eine höhere Bedeutung. Sie wolle ausdrücken, daß der Sieg der alliierten Mächte abhängig von ihrer vollständigen Uebereinstimmung auf ökonomischem und militärischem Gebiete. Die Abstimmung in der Kammer müsse die Notwendigkeit dieser vollkommenen Uebereinstimmung deutlich hervortreten lassen. Es handle sich nicht um einen Krieg oder einen kleinen Krieg, der Krieg sei ein einziger. Wer von einem Separatfrieden spreche, könne nur der Parteigänger eines deutschen Friedens sein. Diejenigen, welche den Krieg gewollt hätten, müßten jetzt ihr Möglichstes tun, damit diese vollkommene Uebereinstimmung zur Wirklichkeit werde, sie müßten bedenken, daß, wenn sie sich jetzt von der Regierung trennen würden, während die Minister und die Heerführer der alliierten Mächte die Uebereinstimmung ihrer gemeinsamen Aktion gegen den gemeinsamen Feind betreten, sie nichts anderes tun würden, als Mißtrauen unter den Alliierten herbeizurufen. Deshalb fühlten die demokratischen Parteien, daß sie alle Kritik und allen Zwist vergessen und daß sie deshalb ihr Vertrauen in die Regierung belunden müßten. Sie wollten so das einzige Programm bekräftigen, welches gegenwärtig eine Regierung oder eine Partei haben könne, nämlich den Sieg. Er erwarte mit Zuversicht diesen Sieg, der durch seine Verwirklichung die eigenen nationalen Bestrebungen, die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Montenegro und Polens bringen und von neuem gegenüber der militäristischen Macht der zentralen Kaiserreiche die Rechte und die Freiheit der Völker kräftigen und ihnen nach diesem so blutigen Kampfe einen glücklichen Frieden, Wohlfahrt und Gerechtigkeit bereiten werde.

Der Statthalter Meda bekräftigte von neuem seine Zustimmung zu dem nationalen Krieg. Er drückte die Ueberzeugung aus, daß nur diejenigen, die diesen Krieg diplomatisch und militärisch vorbereiten verstanden und ihn unternommen hätten, ihn allein ohne Schwäche und ohne Verwirrung zu einem guten Ende führen könnten. Die Kammer könne und müsse dem Kabinett die Richtlinien setzen, die sie selbst als in Uebereinstimmung mit dem öffentlichen Wohl betrachte. Aber in diesem Augenblick würde man die Geschichte Italiens nicht besser sichern können, als indem man das Ansehen der Regierung bedingungslos und durch vollstes Vertrauen stärke.

Es folgte darauf die schon gemeldete Abstimmung. Die Sitzung wurde aufgehoben.

Politische Uebersicht.

Wieder eine Wortentziehung.

Ein Vorgang, der an alte Zeiten erinnerte, spielte sich am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus ab. Zur dritten Lesung des Etats hatte Genosse Ströbel das Wort erhalten. Nachdem er zunächst die Regierung um Auskunft über ihre Absichten bezüglich der Neuorientierung der Politik, insbesondere bezüglich der Wahlreform ersucht hatte, kam er auf die Friedensausichten zu sprechen. Man hätte erwarten sollen, daß ein Parlament, wie immer es zusammengepflegt ist, die Diskussion über diese, alle Völker der Welt bewegende Frage nicht unterbinden, im Gegenteil, daß es mit Freuden eine solche Erörterung zulassen würde. Aber die preussische Volksvertretung denkt darüber anders, die Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten — insonderheit der Kriegsziele, der Kriegsführung und der Beziehungen Deutschlands zu den kriegführenden und neutralen Staaten — sollte von der diesjährigen Etatsberatung ausgeschlossen bleiben. Obwohl Ströbel weder über auswärtige Politik noch über Kriegsziele sprach und obwohl er sich sichtlich bemühte, dem Beschluß des Hauses gerecht zu werden, gelang es ihm doch nicht, seine Rede zu Ende zu führen. Was er auch immer sagte, der durch die fortgesetzten Zwischenrufe der Pappenheim und Genossen immer nervöser werdende Präsident Graf Schwerin erklärte alles als auf die auswärtige Politik bezüglich, er rief unseren Redner wiederholt zur Sache. Ja sogar der Versuch Ströbels, im Anschluß an die bei der zweiten Lesung des Etats von anderer Seite angeschnittenen Frage des deutsch-österreichischen Wirtschaftsbündnisses die handelspolitischen Beziehungen der Völker zu besprechen, zog ihm einen Ruf zur Sache zu, der die Wortentziehung zur Folge hatte. Sämtliche bürgerliche Parteien erklärten diese beispiellos dastehende Wortentziehung für berechtigt, sie haben damit dokumentiert, daß es im preussischen Abgeordnetenhaus zwar dem einen Redner gestattet ist, eine Frage eingehend zu debattieren, daß dagegen dem anderen Redner die Erwiderung nicht erlaubt ist.

Der Etat selbst wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Dänen und der Polen angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen, Polen und Dänen enthielten sich der Abstimmung. Gleichfalls angenommen wurde eine Resolution Hammer (L.) und Genossen betr. die Aufhebung eigener militärischer Bäckereibetriebe zur Herstellung von Brot für Kriegsgefangene und ausländische Zivilgefangene.

Nach Erledigung des Etats nahm das Haus in zweiter und dritter Lesung die Sekundärbahnvorlage unverändert an und wandte sich schließlich der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungsfrankenkassen zu. Trotz aller Bemühungen unseres Genossen Braun, der die Kommissionsbeschlüsse einer Kritik unterzog und eine Reihe von Verbesserungsanträgen begründete, gelang es nicht, den Entwurf für uns annehmbar zu gestalten.

Am Dienstag soll in zweiter Lesung zunächst der Fiskalgesetzentwurf und dann die Steuernovelle beraten werden.

Am Mittwoch hofft das Abgeordnetenhaus den noch vorhandenen Stoff aufzuarbeiten und die Pause beginnen lassen zu können.

Vertagung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Der Seniorenpresident des Abgeordnetenhauses einigte sich am Montag dahin, den vorhandenen Stoff bis Mittwoch aufzuarbeiten. Die eigentliche Vertagung des Hauses, die durch königliche Verordnung zu erfolgen hat, wird am 1. April eintreten und voraussichtlich bis zum 30. Mai dauern. Während dieser Zeit soll die Kommission den Entwurf eines Schatzungsamtes und den Gesetzentwurf über die Stadtkassen vorbereiten, damit das Plenum bei seinem Wiederauftreten diese beiden Entwürfe und die Steuernovelle erledigen kann. Es besteht die Absicht, den Landtag dann aufs neue bis zum Herbst zu vertagen.

entwurf über die Stadtkassen vorbereiten, damit das Plenum bei seinem Wiederauftreten diese beiden Entwürfe und die Steuernovelle erledigen kann. Es besteht die Absicht, den Landtag dann aufs neue bis zum Herbst zu vertagen.

Ueber die „Umlerner“.

Das „Umlernen“ geht bei einzelnen parteigenössigen Schriftstellern so rasch und so radikal, daß selbst Bürgerliche ihr Erlaunen über diese Wandlungsfähigkeit nicht zu verbergen vermögen. In einem Artikel über „Autorientierte und Neuorientierte“ stellt Herr v. Gerlach fest, daß die Konservativen nach wie vor zum Dreiklassenwahlrecht, zur Hochschulgoltpolitik, zum alten Reichsvereinsgesetz, zur engherzigen Schulpolitik stehen und bleiben wollen, was sie waren. Gerlach folgert daraus:

„Deshalb scheint es mir etwas voreilig, wenn der Rechten gegenüber, die einfach auf ihrem alten Standpunkt verharrt, die Linke sich allzu sehr beim Umlernen beeilt. Bei uns, die wir leider kein parlamentarisches Parteiement haben, stellt sich die Regierungspolitik in der Regel als eine Diagnose zwischen den von rechts und links einander widerstrebenden Kräften dar, wobei übrigens die Diagonale insofern der eigenen Neigungen der Regierung stark nach rechts zu verlaufen pflegt. Bleibt nun die Rechte, was sie war, während die Linke sich der Rechten nähert, so erwächst daraus die gewaltige Gefahr, daß die „Neuorientierte“ im Endeffekt auf eine Reaktionsorientierung hinausläuft.“

Besonders auffällig findet Gerlach mit Recht das „gründliche“ Umlernen eines Teils der Sozialdemokratie. Gegen das (von uns bereits erwähnte) Loblied des Genossen Peus auf unsere „vorausschauende“ Wirtschaftspolitik und Kolbs Neuorientierung in der Steuerfrage entgegnet Gerlach kühl:

„Peus Stellungnahme gegen den „einseitigen Konsumentenstandpunkt“ wird, wie ich fürchte, den Kampf seiner Partei für den berechtigten Konsumentenstandpunkt — den gibt es doch wohl noch? — gegen die übertriebenen Ansprüche der Produzenten stark behindern. Ich habe während des Krieges kein sonderliches Entgegenkommen der Produzenten gegen die Konsumenten wahrnehmen können. Ist es in einem solchen Augenblick wirklich zweckmäßig, sich als Vertreter einer Arbeiterpartei die Argumente der Produzenten fast restlos zu eignen zu machen?“

In demselben Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ macht Wilhelm Kolb Stimmung für eine neue Steuerpolitik der Sozialdemokratie so etwa in der Richtung der Regierung und der ihr nahestehenden Parteien. Andere seiner Parteigenossen gehen noch weiter. Einzelne, die allerdings wirtschaftlich soweit rechts stehen, daß sie fast in die Rechte hineinjuragen scheinen, bringen der Regierung bereits auf dem Präsenztischler eine Kohlensteuer dar, die Hunderte von Millionen erbringen soll.

Man wird Gerlach nur zustimmen können, wenn er in der raschen und weitgehenden Preisgabe aller Grundzüge gerade nicht das rechte Mittel erblickt, um eine gesunde innere Politik herbeizuführen.

Auch eine „Neuorientierung“.

Wie von uns angekündigt, wurde in Weimar am 18. März von der außerordentlichen Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht unter Aufopferung des sachungsmäßigen Erkenntnisses zum Allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht die Verschmelzung mit der mehr rechts gerichteten, zum großen Teil aus nationalliberalen Frauen bestehenden deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht beschlossen, und zwar mit 97 gegen 10 Stimmen.

Die Vereine von Göttingen, Halle a. S., Breslau und Rattowitz sowie der Sächsisch-provinzialverein erklärten darauf sofort ihren Austritt, da sie ihre bisherige Forderung des Reichstagswahlrechts nicht aufgeben wollten.

Steuererhöhungen in Mecklenburg.

Die Regierungen beider Mecklenburg haben den außerordentlichen Landtag — das sind die Rittergutsbesitzer und die Vertreter der städtischen Magistrate — zu einer Sitzung nach Rostock berufen. Die Landessteuern sollen abermals erhöht werden. Erst am letzten Weihnachten sind die Steuern von 100 Proz. auf 125 Proz. heraufgesetzt worden. Jetzt sollen sie auf 140 Proz. erhöht werden, und zwar unter Ausschaltung jeder sozialen Rücksicht. Der Reichstagssekretär Helfferich behauptete in seiner jüngsten Reichstagsrede, die Steuererhöhungen in den einzelnen Bundesstaaten ließen die kleinen Einkommen frei und schonten die mittleren Einkommen; für Mecklenburg ist das aber nicht richtig. Hier hat schon die verflochtene Steuererhöhung selbst die Einkommen von 200 M. in gleicher Weise betroffen, wie die höchsten Steuerstufen. Und die bevorstehende neue Erhöhung der Steuer soll wieder ganz mechanisch alle Stufen — von 200 M. an! — mit einem Zuschlag von weiteren 150 Proz. treffen. Steuerzuschläge werden erhoben in

Anhalt	erst beim Einkommen über 2000 M.
Braunschweig	2100
Sachsen	2200
Baden	2400
Preußen	2400
Lübeck	3000

In Mecklenburg denkt man auch nicht daran, die Vermögenssteuer zu erhöhen. Desgleichen sieht man ab von Zuschlägen auf die Erbschaftsteuer. Doch hat man erst vor zwei Jahren den Grundbesitzern die „ordentliche Kontribution“ (eine Reallast) geschenkt, die alljährlich etliche hunderttausend Mark einbrachte!

Eine Reichsbekleidungsstelle.

Berlin, 20. März. (W. T. V.) Um für die minderbemittelte Bevölkerung die bei längerer Dauer des Krieges notwendige Bekleidung, in erster Linie das erforderliche Unterzeug zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu haben, ist eine Reichsbekleidungsstelle für bürgerliche Kleidung (Reichsbekleidungsstelle) eingerichtet worden. Zum Vorsitzenden ist der königlich sächsische Geheime Rat Oberbürgermeister a. D. Dr. Jr. Dr. Ing. Beutler bestellt. Der Reichsbekleidungsstelle liegt die Vorbereitung der zu treffenden Maßnahmen, die Bewirtschaftung der Vorräte, ihre Verteilung und die Sorge für Ersatzstoffe ob. Die Stelle wird zunächst im Endernehmen mit der Heeresverwaltung festzustellen haben, was von den beschlagnahmten Textilwaren für die bürgerliche Bevölkerung freigegeben und der Reichsbekleidungsstelle überlassen werden kann. Hiernach wird zu prüfen und zu bestimmen sein, was weiter an Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren im Reich zu greifen und welche Ersatzstoffe zu beschaffen sein werden. Daneben ist der Bedarf zu ermitteln. Nach Feststellung des Vorrats, des Zuwachses und des Bedarfs wird es Aufgabe der Reichsstelle sein, den Verteilungsschlüssel zu finden. Inzwischen wird über die Form der Vorratsicherung und Verteilung Entschlüsse zu treffen sein. Zur Begutachtung aller Fragen wird der Reichsstelle ein engerer Beirat von Sachverständigen beigegeben werden.

Regelung der Fleischzufuhr.

Amtl. Berlin, 19. März. (W. T. V.) Nach einer Verordnung des Bundesrats wird für eingeführtes Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren eine Lieferungsverpflichtung an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin begründet. Der Reichsfinanzminister wird die näheren Ausführungsbestimmungen erlassen, insbesondere anordnen, welche Arten von Vieh, Fleisch und Fleischwaren der Verordnung unterliegen. Der Reichsfinanzminister ist ferner ermächtigt, den Verkehr mit dem eingeführten Vieh und Fleisch sowie den eingeführten Fleischwaren zu regeln und die Durchführung der Verordnung durch Strafbestimmungen sicherzustellen.

Neue Höchstpreise für Quarz.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, nach der die am 18. Januar festgesetzten Höchstpreise für Quarz und Quarzfläse erhöht werden. Die neuen Preise (in Klammern die alten Preise) stellen sich wie folgt:

	Herstellerpreis für 50 Kilogr. in Mark	Ladenpreis für 0,5 Kilogr. in Mark
1. Gepreßter Quarz (Rohstoff für Quarzfläse) mit einem Wassergehalt von höchstens 68,5 Proz.	40 M. (30)	—
2. Speisequarz mit einem Wassergehalt von höchstens 75 Proz.	38 M. (35)	0,50
3. Frischer, leicht angereicherter Quarzfläse (Garzer, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse)	55 M. (45)	0,75 (0,70)
4. Gereifter Quarzfläse (Garzer, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse) mit einem weichen Kerne von höchstens der Hälfte der Schnittfläche	65 M. (55)	0,90 (0,80)

In Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen bleiben dagegen die bisherigen Höchstpreise unverändert in Geltung.

Die „Notlage“ der schweizerischen Landwirtschaft.

Mit angeblicher „Teuerung der Futtermittel“ usw., mit der angeblichen „Notlage der Landwirtschaft“ haben die schweizerischen Bauern ihre unaufhörlichen Preistreiberereien während der Kriegszeit zu begründen versucht. Jetzt kommt nun die ländliche Sparkasse des Bezirks Suttwil im Kanton Bern und schildert in ihrem Geschäftsbericht für 1915 die Lage der Landwirtschaft so: „Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr können wir unseren Bericht kurz fassen. Wir wollen über den Krieg nicht sprechen, da hierüber in den Zeitungen genug geschrieben wird. Infolge dieses furchtbaren Krieges sind Handel und Gewerbe vollständig lahmgelegt. Das gegen hat die Landwirtschaft ihre guten Zeiten. Alle ihre Produkte können zu nie dagewesenen hohen Preisen abgesetzt werden. Wenn auch die Milchproduktion infolge der mangelnden und nur sehr schwer erhältlichen Kraftfuttermittel zurückgegangen ist, so leistet die in dieser Gegend gute Kartoffelernte vom letzten Herbst einigen Ersatz. Die Fleischpreise haben eine für die Konsumenten bald unerschwingliche Höhe erreicht, wodurch der Bauer manchen schönen Bogen für Schlachtvieh als Ersatz der Milch erhält, den er nicht sofort für teure Kraftfuttermittel auszugeben braucht. Dadurch bleibt ihm viel Geld in der Tasche und manchem wurde es so möglich, mit alten Schulden auszuräumen und dazu noch einen schönen Betrag zu erübrigen. Das beweisen am besten die reduzierten Außenstände bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Alles das hatte zur Folge, daß bei den Banken und Sparkassen überall viel Geld einging, nach dem wenig Nachfrage war. Dieses war auch bei uns das ganze Jahr der Fall und namentlich gegen das Jahresende wurden wir mit Geld fast überschwemmt. Reizt den vielen Kapitalrückzahlungen, namentlich bei den Kreditinhabern, wo mancher aus einem Schuldner ein Kreditor geworden ist, sowie bei den Wechseln sind bedeutende Einlagen gemacht worden. Die Spareinlagen haben inklusive Zinsen allein eine Zunahme erfahren von 825 000 Fr. Diese Rückzahlungen und Einlagen brachten uns einen verfügbaren Kapitalüberschuß von zusammen 650 000 Fr.“

Letzte Nachrichten.

Seegefecht an der flandrischen Küste.

Amtl. Berlin, 20. März. (W. T. V.) Vor der flandrischen Küste fand am 20. März früh ein für uns erfolgreiches Gefecht zwischen drei deutschen Torpedobooten und einer Division von fünf englischen Zerstörern statt. Der Gegner brach das Gefecht ab, nachdem er mehrere Voltreffer erhalten hatte, und dampfte mit hoher Fahrt aus Sicht. Auf unserer Seite nur gänzlich belanglose Beschädigungen. Der Chef des Admiraltabs der Marine,

Zum letzten Fliegerangriff auf England.

London, 19. März. (W. T. V.) Das Kriegsamt meldet: Vier deutsche Marineflugzeuge haben heute Ost Kent überflogen. Das erste Paar erschien über Dover in einer Höhe von 5000 bis 6000 Fuß gegen zwei Uhr nachmittags. Das erste Flugzeug ließ sechs Bomben auf den Hafen fallen und wandte sich dann nordwestlich, indem es Bomben auf die Stadt warf. Das andere Flugzeug erschien nach dem Flug über Dover um 2 Uhr 13 Minuten über Deal, wo es mehrere Bomben fallen ließ. Ein zweites Paar erschien über Ramsgate um 2 Uhr 10 Minuten und warf Bomben auf die Stadt. Eins dieser beiden Flugzeuge flog nach Westen, das andere, verfolgt von einem englischen Flugzeug, nach Norden. Eine Bombe soll auf Margate gefallen sein. Das zweite Flugzeug erschien über Westgate um 2 Uhr 20 Minuten. Hier stiegen einige unserer Flugzeuge zur Verfolgung auf. Es wurden keine Bomben abgeworfen. Soweit bis jetzt mitgeteilt ist, beträgt die Zahl der Toten 9, die der Verwundeten 31. Es wurden insgesamt 48 Bomben abgeworfen. Eine Bombe fiel auf das kanadische Hospital in Ramsgate. Sie verursachte keine Verluste an Menschenleben. Sachschaden wurde an einigen Häusern und Arbeiterhütten angerichtet. Der Fliegeroffizier Bone verfolgte in einem Einflieger-Flugzeug eines der deutschen Flugzeuge 80 Meilen weit über das Meer. Dann kam es zu einem viertelstündigen Gefecht. Das deutsche Flugzeug wurde mehrere Male getroffen und mußte niedergehen. Der Beobachter wurde getötet.

Vom U-Bootkrieg.

London, 20. März. (W. T. V.) Lloyds meldet: Der britische Dampfer „Port Dalhousie“ wurde versenkt. Sieben Mann wurden gerettet. Der Rest der Besatzung wird vermisst. Der norwegische Dampfer „Langel“ wurde versenkt. Sechzehn Mann wurden gerettet, einer wurde getötet.

London, 20. März. (W. T. V.) Lloyds meldet: Der dänische Dampfer „Skodsborg“ ist gesunken. Sechzehn Personen wurden gerettet, drei Mann von der Besatzung werden vermisst.

Zum Untergang der „Tubantia“.

Rotterdam, 20. März. (W. T. V.) Wie der Rotterdamsche Courant“ erfährt, besteht die Absicht, das Brod der „Tubantia“ mit Tauchern zu untersuchen, um Sicherheit darüber zu erhalten, auf welche Weise der Dampfer zum Sinken gebracht wurde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulage der Lederarbeiter.

Die Weisgerber und Lederfärber hatten bei den Fabrikanten die Gewährung einer Teuerungszulage von 10 Proz. beantragt. Der Antrag wurde in einer Reihe von Sitzungen der Schlichtungskommission beraten, doch kam es zu keiner Verständigung. Schließlich wurde das Einigungsamt angerufen. Da die Erlangung des geforderten prozentualen Lohnzuschlags aussichtslos erschien, änderten die Arbeiter ihren Antrag dahin ab, daß sie eine allgemeine Zulage von 5 M. pro Woche forderten. Auch das war den Fabrikanten noch zuviel. Nach langen Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, daß die Affordarbeiter eine wöchentliche Zulage von 4,50 M., die Lohnarbeiter eine solche von 5 M. erhalten. Die Zulagen werden vom 1. März ab gewährt. Der Tarifvertrag ist mit dieser Bedingung auf ein Jahr verlängert.

Die Handlungsmacher erhalten in den beiden größten Betrieben jetzt ebenfalls Lohnzulagen von 5 M. wöchentlich.

Ueber die Arbeitslosigkeit und die Lohnverhältnisse der Einziger wurde eine Erhebung veranstaltet, über die Landsky als Obmann in einer Branchenversammlung berichtete. Die Erhebung umfaßte die fünf Monate Oktober 1915 bis Ende Februar 1916. Durch den partiellen Arbeitsnachweis in Berlin wurden in dieser Zeit 42 Einziger vermittelt, während 118 eingeschrieben waren. Die vermittelten Einziger wurden befragt. In fünf Fällen handelte es sich um Affordarbeit, in den anderen Fällen um Lohnarbeit. Es kamen Stundenlöhne von 85, 87, 90, 93, 94, 98 Pf. und 1 M. vor. In der Mehrzahl der Fälle wurden 90 Pfennig gezahlt. Die Dauer der vermittelten Arbeitsgelegenheit war sehr verschieden. Zum Teil war sie verhältnismäßig kurz. Es kam auch vor, daß einzelne in der angegebenen Zeit mehrmals vermittelt wurden. Kritisch bemerkte Landsky zu dem Resultat der Ermittlung: Die Aufstellung ergebe zunächst, daß die Unternehmer mehr und mehr zur Lohnarbeit übergegangen sind. Im übrigen hebe sie fest, daß sich die Arbeitsbedingungen der Einziger in dieser schweren Zeit der Teuerung durchaus nicht gebessert hätten. Ueberwiegend werde ein Stundenlohn von 90 Pfennig gezahlt. Ein solcher, beziehungsweise bei Lohnarbeit ein Wochenverdienst von 45 Mark, sei aber schon vor dem Kriege zur Gewohnheit geworden. In der jetzigen Zeit wäre überall eine Teuerungszulage angebracht. Wenn Kollegen auf eine solche hinwirken wollten, dann fänden sie in der Branchenkommission einen Rückhalt. Sie sollten sich dann an diese wenden. Was möglich sei, tue dann die Organisation nach Lage der gegebenen Einzelfälle.

An den Bericht schloß sich eine Diskussion. Landsky teilte dann mit, daß sich die Verwaltung im Sinne des Protestes der letzten Einzigerversammlung schlüssig gemacht habe. Jene Versammlung hatte Protest dagegen erhoben, daß durch die Schreibweise der „Solgarbeiter-Zeitung“, wie es namentlich durch einen bestimmten Artikel geschehen sei, der Parteilichkeit in die Gewerkschaft hineingetragen werde. Auf Veranlassung der Verwaltung hat die Prüfungskommission dem Redakteur nahegelegt, in Zukunft die bemängelte Schreibweise zu vermeiden.

Die nächste Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Holzarbeiterverbandes wird ein Antrag der Verwaltung beschließen, den Verbandsangehörigen eine Teuerungszulage von 20 M. monatlich zu bewilligen. Die Versammlung erachtete dies, ohne einen besonderen Beschluß zu fassen, für gerechtfertigt.

Deutsches Reich.

Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation.

Bei der Etatsberatung im Reichstag trat die sozialdemokratische Fraktion energisch für die Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation in den städtischen Betrieben ein. Nach lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Bestimmungen über die Arbeiterauschüsse in den städtischen Betrieben dahin abzuändern, daß der Gauleiter des Staats- und Gemeinbediensteten-Verbandes zu den Sitzungen der Arbeiterauschüsse einzuladen ist und mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen kann. Der Magistrat erklärte sich mit dem sachlichen Inhalt des Antrages einverstanden, so daß die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den städtischen Betrieben der Stadt zu erwarten ist.

Ein Gewerkschaftsangehöriger vor dem Kriegsgericht.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Breslau stand vor einiger Zeit der Angestellte des Zimmererverbandes, Schmidt, der in Form eines Feldpostbriefes ein Flugblatt herausgab und verteilte, in dem die Mitglieder aufgefordert werden, treu zum Verband zu halten. Schmidt soll dadurch eine Bestimmung des stellvertretenden Generalkommandos des VI. Korps verletzt haben, die vorschreibt, daß alle Drucksaften dem Generalkommando zur Zensur vorgelegt werden müssen. Schmidt behauptete nun, daß er das Flugblatt schon einmal im August vorigen Jahres herausgegeben habe, und daß ihm damals vom Generalkommando die Genehmigung erteilt wurde. Das vom Generalkommando die Genehmigung erteilt wurde. Schmidt wurde freigesprochen.

Aus der Partei.

Keine Auflösung der Hamburger Jugendorganisation.

Der in der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsartells und der Hamburgischen Landesorganisation gefaßte Beschluß, die Tätigkeit der Jugendorganisation wegen Geldmangel vorläufig einzustellen, hat die Jugendlichen selbst auf den Plan gerufen. In einer Funktionärerversammlung am 4. März beschlossen sie einstimmig, eine Kommission niederzusetzen, die die bisher geltenden Bestimmungen mit den neuen Verhältnissen in Einklang bringen solle und im übrigen unter allen Umständen die gewohnte Tätigkeit ohne die Jugendbeiräte fortzusetzen. Die Jugendbeiräte wurden kurz nach dem Beschluß der oben genannten Körperschaften geschlossen, die Wirtschaftslotale zur Mitte des Monats März gesündigt und das Inventar im Gewerkschaftshaus magaziniert. Da mithin, um unangenehme Störungen zu vermeiden, mit größter Beschleunigung gearbeitet werden mußte, trat schon am 17. März die eingesezte Kommission vor die konstituierende Generalversammlung mit dem Plan für die Weiterarbeit. Die Vorschläge wurden gutgeheißen und die Kommittee beauftragt. Die künftigen Kosten sollen durch Aufwendungen der Jugendlichen aufgebracht werden. Aus der Arbeiterschaft sind in den letzten zwei Wochen der Bewegung ziemlich erhebliche Summen zugeflossen. Es wurde mitgeteilt, daß sowohl Organisationen Mittel bewilligten, Beständen regelmäßige Sammlungen beschließen, wie auch zahlreiche Geldleistungen vom Ort und ganz besonders aus dem Feld und den Garnisonen eingingen. Damit dürfte die Jugend finanziell über den ersten Berg hinweg sein; andererseits hat die Jugend sich selbst so opferwillig gezeigt, daß auch für die Zukunft insofern Befürchtungen kaum bestehen.

Sozialdemokratischer Frauentag in der Schweiz.

Der Schweizerische Arbeiterinnenverband veranstaltet in diesem Jahre in der Zeit vom 19. März bis 2. April Versammlungen aus Anlaß des Frauentages. Das einheitliche Thema lautet: Gleiche politische Rechte für Mann und Frau. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Aus den Organisationen.

Eine Bezirkskonferenz für das östliche Westfalen, Lippe und Schaumburg-Lippe wurde am Sonn-

tag in Bielefeld abgehalten. Nach dem Verlaß des Bezirkssekretärs hat sich die Zahl der Abonnenten auf die Parteipresse auf verhältnismäßig günstiger Höhe gehalten. Der Abonnementspreis wurde um 10 Pf. monatlich erhöht. — Ueber unsere Politik während des Krieges referierte Redakteur Genosse Sedering. Das Referat bewegte sich im Sinne der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Sämtliche Diskussionsredner stimmten dem Referenten zu. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen. — Zur Steuerfrage wurde eine Resolution beschlossen, die sich gegen die neuen Reichssteuern, soweit sie den Verkehr und den Konsum belastet, wendet, insbesondere wird scharf gegen die das Labalgewerbe mit neuen 160 Millionen Mark belastenden Steuern protestiert. Die Existenz Tausender von Tabakarbeitern und Arbeiterinnen würde dadurch auf das schwerste gefährdet. Aus der Tatsache, daß einflußreiche Vertreter der Tabakindustrie die neue Belastung gutheißen, dürfe nicht gefolgert werden, daß damit den Interessen der Allgemeinheit genügt sei. Die Konferenz vertrat die Auffassung, daß das Reich den augenblicklichen Bedarf an gesteigerten Einnahmen beden könne durch eine schärfere Kriegsgewinnsteuer, aus einer erneuten Erhebung des Verbrauchssteuern, durch Ausbehnung und Erhöhung der Erbschaftsteuer, vor allem aber durch festes Zugreifen bei einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer.

Eine Versammlung der Vertrauensmänner des siebenten baltischen Reichstagswahlkreises nahm am Sonntag in Offenburg ein Referat und Gegenreferat über die Anschauungen innerhalb der Reichstagsfraktion zur Kriegspolitik entgegen. Für die Mehrheit der Fraktion sprach der Reichstagsabgeordnete Ged. Wammheim; das Gegenreferat hielt Genosse Lehmann-Mannheim. Es waren etwa 50 Personen anwesend. Die Diskussion war lebhaft, von einer Resolution wurde abgesehen.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.“ Von diesem in der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin W 68, verlegten Führer ist soeben eine neue verbesserte Auflage erschienen. Sie berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen der in Betracht kommenden Gesetze, insbesondere die Bekanntmachung vom 21. Januar 1916, die den Kreis der Unterstützungsberechtigten ausdehnt, die Anordnungen über besondere Zuwendungen an Kriegswitwen und -Waisen und die Bekanntmachung vom 23. Dezember 1915 über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die oberflächliche Anordnung des Stoffes legt jeden in die Lage, sich ohne viel Mühe über jede einschlägige Frage zu unterrichten. Preis der Broschüre 30 Pf.

„Dokumente zum Weltkrieg.“ Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin. Als XIII. Heft dieser Sammlung ist soeben „Das deutsche Weib“ erschienen. Preis 50 Pf. Es enthält die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Nachträge. In Kürze wird auch der 2. Teil des Ergänzungsbuches erscheinen.

In dieser Serie sind bisher erschienen: Das deutsche Weib. — Das englische Weib. 1. Teil. — Das englische Weib. 2. Teil. — Das russische Weib. 1. Teil. — Das russische Weib. 2. Teil. — Das deutsche Weib. 1. Teil. — Das deutsche Weib. 2. Teil. — Das deutsche Weib. 3. Teil. — Der russische Weib. 1. Teil. — Das Weib Italiens. 1. Teil. — Das Weib Italiens. 2. Teil. — Das Weib Italiens. 3. Teil. — Das Weib Italiens. 4. Teil. — Das Weib Italiens. 5. Teil. — Das Weib Italiens. 6. Teil. — Das Weib Italiens. 7. Teil. — Das Weib Italiens. 8. Teil. — Das Weib Italiens. 9. Teil. — Das Weib Italiens. 10. Teil. — Das Weib Italiens. 11. Teil. — Das Weib Italiens. 12. Teil. — Das Weib Italiens. 13. Teil. — Das Weib Italiens. 14. Teil. — Das Weib Italiens. 15. Teil. — Das Weib Italiens. 16. Teil. — Das Weib Italiens. 17. Teil. — Das Weib Italiens. 18. Teil. — Das Weib Italiens. 19. Teil. — Das Weib Italiens. 20. Teil. — Das Weib Italiens. 21. Teil. — Das Weib Italiens. 22. Teil. — Das Weib Italiens. 23. Teil. — Das Weib Italiens. 24. Teil. — Das Weib Italiens. 25. Teil. — Das Weib Italiens. 26. Teil. — Das Weib Italiens. 27. Teil. — Das Weib Italiens. 28. Teil. — Das Weib Italiens. 29. Teil. — Das Weib Italiens. 30. Teil. — Das Weib Italiens. 31. Teil. — Das Weib Italiens. 32. Teil. — Das Weib Italiens. 33. Teil. — Das Weib Italiens. 34. Teil. — Das Weib Italiens. 35. Teil. — Das Weib Italiens. 36. Teil. — Das Weib Italiens. 37. Teil. — Das Weib Italiens. 38. Teil. — Das Weib Italiens. 39. Teil. — Das Weib Italiens. 40. Teil. — Das Weib Italiens. 41. Teil. — Das Weib Italiens. 42. Teil. — Das Weib Italiens. 43. Teil. — Das Weib Italiens. 44. Teil. — Das Weib Italiens. 45. Teil. — Das Weib Italiens. 46. Teil. — Das Weib Italiens. 47. Teil. — Das Weib Italiens. 48. Teil. — Das Weib Italiens. 49. Teil. — Das Weib Italiens. 50. Teil. — Das Weib Italiens. 51. Teil. — Das Weib Italiens. 52. Teil. — Das Weib Italiens. 53. Teil. — Das Weib Italiens. 54. Teil. — Das Weib Italiens. 55. Teil. — Das Weib Italiens. 56. Teil. — Das Weib Italiens. 57. Teil. — Das Weib Italiens. 58. Teil. — Das Weib Italiens. 59. Teil. — Das Weib Italiens. 60. Teil. — Das Weib Italiens. 61. Teil. — Das Weib Italiens. 62. Teil. — Das Weib Italiens. 63. Teil. — Das Weib Italiens. 64. Teil. — Das Weib Italiens. 65. Teil. — Das Weib Italiens. 66. Teil. — Das Weib Italiens. 67. Teil. — Das Weib Italiens. 68. Teil. — Das Weib Italiens. 69. Teil. — Das Weib Italiens. 70. Teil. — Das Weib Italiens. 71. Teil. — Das Weib Italiens. 72. Teil. — Das Weib Italiens. 73. Teil. — Das Weib Italiens. 74. Teil. — Das Weib Italiens. 75. Teil. — Das Weib Italiens. 76. Teil. — Das Weib Italiens. 77. Teil. — Das Weib Italiens. 78. Teil. — Das Weib Italiens. 79. Teil. — Das Weib Italiens. 80. Teil. — Das Weib Italiens. 81. Teil. — Das Weib Italiens. 82. Teil. — Das Weib Italiens. 83. Teil. — Das Weib Italiens. 84. Teil. — Das Weib Italiens. 85. Teil. — Das Weib Italiens. 86. Teil. — Das Weib Italiens. 87. Teil. — Das Weib Italiens. 88. Teil. — Das Weib Italiens. 89. Teil. — Das Weib Italiens. 90. Teil. — Das Weib Italiens. 91. Teil. — Das Weib Italiens. 92. Teil. — Das Weib Italiens. 93. Teil. — Das Weib Italiens. 94. Teil. — Das Weib Italiens. 95. Teil. — Das Weib Italiens. 96. Teil. — Das Weib Italiens. 97. Teil. — Das Weib Italiens. 98. Teil. — Das Weib Italiens. 99. Teil. — Das Weib Italiens. 100. Teil. — Das Weib Italiens. 101. Teil. — Das Weib Italiens. 102. Teil. — Das Weib Italiens. 103. Teil. — Das Weib Italiens. 104. Teil. — Das Weib Italiens. 105. Teil. — Das Weib Italiens. 106. Teil. — Das Weib Italiens. 107. Teil. — Das Weib Italiens. 108. Teil. — Das Weib Italiens. 109. Teil. — Das Weib Italiens. 110. Teil. — Das Weib Italiens. 111. Teil. — Das Weib Italiens. 112. Teil. — Das Weib Italiens. 113. Teil. — Das Weib Italiens. 114. Teil. — Das Weib Italiens. 115. Teil. — Das Weib Italiens. 116. Teil. — Das Weib Italiens. 117. Teil. — Das Weib Italiens. 118. Teil. — Das Weib Italiens. 119. Teil. — Das Weib Italiens. 120. Teil. — Das Weib Italiens. 121. Teil. — Das Weib Italiens. 122. Teil. — Das Weib Italiens. 123. Teil. — Das Weib Italiens. 124. Teil. — Das Weib Italiens. 125. Teil. — Das Weib Italiens. 126. Teil. — Das Weib Italiens. 127. Teil. — Das Weib Italiens. 128. Teil. — Das Weib Italiens. 129. Teil. — Das Weib Italiens. 130. Teil. — Das Weib Italiens. 131. Teil. — Das Weib Italiens. 132. Teil. — Das Weib Italiens. 133. Teil. — Das Weib Italiens. 134. Teil. — Das Weib Italiens. 135. Teil. — Das Weib Italiens. 136. Teil. — Das Weib Italiens. 137. Teil. — Das Weib Italiens. 138. Teil. — Das Weib Italiens. 139. Teil. — Das Weib Italiens. 140. Teil. — Das Weib Italiens. 141. Teil. — Das Weib Italiens. 142. Teil. — Das Weib Italiens. 143. Teil. — Das Weib Italiens. 144. Teil. — Das Weib Italiens. 145. Teil. — Das Weib Italiens. 146. Teil. — Das Weib Italiens. 147. Teil. — Das Weib Italiens. 148. Teil. — Das Weib Italiens. 149. Teil. — Das Weib Italiens. 150. Teil. — Das Weib Italiens. 151. Teil. — Das Weib Italiens. 152. Teil. — Das Weib Italiens. 153. Teil. — Das Weib Italiens. 154. Teil. — Das Weib Italiens. 155. Teil. — Das Weib Italiens. 156. Teil. — Das Weib Italiens. 157. Teil. — Das Weib Italiens. 158. Teil. — Das Weib Italiens. 159. Teil. — Das Weib Italiens. 160. Teil. — Das Weib Italiens. 161. Teil. — Das Weib Italiens. 162. Teil. — Das Weib Italiens. 163. Teil. — Das Weib Italiens. 164. Teil. — Das Weib Italiens. 165. Teil. — Das Weib Italiens. 166. Teil. — Das Weib Italiens. 167. Teil. — Das Weib Italiens. 168. Teil. — Das Weib Italiens. 169. Teil. — Das Weib Italiens. 170. Teil. — Das Weib Italiens. 171. Teil. — Das Weib Italiens. 172. Teil. — Das Weib Italiens. 173. Teil. — Das Weib Italiens. 174. Teil. — Das Weib Italiens. 175. Teil. — Das Weib Italiens. 176. Teil. — Das Weib Italiens. 177. Teil. — Das Weib Italiens. 178. Teil. — Das Weib Italiens. 179. Teil. — Das Weib Italiens. 180. Teil. — Das Weib Italiens. 181. Teil. — Das Weib Italiens. 182. Teil. — Das Weib Italiens. 183. Teil. — Das Weib Italiens. 184. Teil. — Das Weib Italiens. 185. Teil. — Das Weib Italiens. 186. Teil. — Das Weib Italiens. 187. Teil. — Das Weib Italiens. 188. Teil. — Das Weib Italiens. 189. Teil. — Das Weib Italiens. 190. Teil. — Das Weib Italiens. 191. Teil. — Das Weib Italiens. 192. Teil. — Das Weib Italiens. 193. Teil. — Das Weib Italiens. 194. Teil. — Das Weib Italiens. 195. Teil. — Das Weib Italiens. 196. Teil. — Das Weib Italiens. 197. Teil. — Das Weib Italiens. 198. Teil. — Das Weib Italiens. 199. Teil. — Das Weib Italiens. 200. Teil. — Das Weib Italiens. 201. Teil. — Das Weib Italiens. 202. Teil. — Das Weib Italiens. 203. Teil. — Das Weib Italiens. 204. Teil. — Das Weib Italiens. 205. Teil. — Das Weib Italiens. 206. Teil. — Das Weib Italiens. 207. Teil. — Das Weib Italiens. 208. Teil. — Das Weib Italiens. 209. Teil. — Das Weib Italiens. 210. Teil. — Das Weib Italiens. 211. Teil. — Das Weib Italiens. 212. Teil. — Das Weib Italiens. 213. Teil. — Das Weib Italiens. 214. Teil. — Das Weib Italiens. 215. Teil. — Das Weib Italiens. 216. Teil. — Das Weib Italiens. 217. Teil. — Das Weib Italiens. 218. Teil. — Das Weib Italiens. 219. Teil. — Das Weib Italiens. 220. Teil. — Das Weib Italiens. 221. Teil. — Das Weib Italiens. 222. Teil. — Das Weib Italiens. 223. Teil. — Das Weib Italiens. 224. Teil. — Das Weib Italiens. 225. Teil. — Das Weib Italiens. 226. Teil. — Das Weib Italiens. 227. Teil. — Das Weib Italiens. 228. Teil. — Das Weib Italiens. 229. Teil. — Das Weib Italiens. 230. Teil. — Das Weib Italiens. 231. Teil. — Das Weib Italiens. 232. Teil. — Das Weib Italiens. 233. Teil. — Das Weib Italiens. 234. Teil. — Das Weib Italiens. 235. Teil. — Das Weib Italiens. 236. Teil. — Das Weib Italiens. 237. Teil. — Das Weib Italiens. 238. Teil. — Das Weib Italiens. 239. Teil. — Das Weib Italiens. 240. Teil. — Das Weib Italiens. 241. Teil. — Das Weib Italiens. 242. Teil. — Das Weib Italiens. 243. Teil. — Das Weib Italiens. 244. Teil. — Das Weib Italiens. 245. Teil. — Das Weib Italiens. 246. Teil. — Das Weib Italiens. 247. Teil. — Das Weib Italiens. 248. Teil. — Das Weib Italiens. 249. Teil. — Das Weib Italiens. 250. Teil. — Das Weib Italiens. 251. Teil. — Das Weib Italiens. 252. Teil. — Das Weib Italiens. 253. Teil. — Das Weib Italiens. 254. Teil. — Das Weib Italiens. 255. Teil. — Das Weib Italiens. 256. Teil. — Das Weib Italiens. 257. Teil. — Das Weib Italiens. 258. Teil. — Das Weib Italiens. 259. Teil. — Das Weib Italiens. 260. Teil. — Das Weib Italiens. 261. Teil. — Das Weib Italiens. 262. Teil. — Das Weib Italiens. 263. Teil. — Das Weib Italiens. 264. Teil. — Das Weib Italiens. 265. Teil. — Das Weib Italiens. 266. Teil. — Das Weib Italiens. 267. Teil. — Das Weib Italiens. 268. Teil. — Das Weib Italiens. 269. Teil. — Das Weib Italiens. 270. Teil. — Das Weib Italiens. 271. Teil. — Das Weib Italiens. 272. Teil. — Das Weib Italiens. 273. Teil. — Das Weib Italiens. 274. Teil. — Das Weib Italiens. 275. Teil. — Das Weib Italiens. 276. Teil. — Das Weib Italiens. 277. Teil. — Das Weib Italiens. 278. Teil. — Das Weib Italiens. 279. Teil. — Das Weib Italiens. 280. Teil. — Das Weib Italiens. 281. Teil. — Das Weib Italiens. 282. Teil. — Das Weib Italiens. 283. Teil. — Das Weib Italiens. 284. Teil. — Das Weib Italiens. 285. Teil. — Das Weib Italiens. 286. Teil. — Das Weib Italiens. 287. Teil. — Das Weib Italiens. 288. Teil. — Das Weib Italiens. 289. Teil. — Das Weib Italiens. 290. Teil. — Das Weib Italiens. 291. Teil. — Das Weib Italiens. 292. Teil. — Das Weib Italiens. 293. Teil. — Das Weib Italiens. 294. Teil. — Das Weib Italiens. 295. Teil. — Das Weib Italiens. 296. Teil. — Das Weib Italiens. 297. Teil. — Das Weib Italiens. 298. Teil. — Das Weib Italiens. 299. Teil. — Das Weib Italiens. 300. Teil. — Das Weib Italiens. 301. Teil. — Das Weib Italiens. 302. Teil. — Das Weib Italiens. 303. Teil. — Das Weib Italiens. 304. Teil. — Das Weib Italiens. 305. Teil. — Das Weib Italiens. 306. Teil. — Das Weib Italiens. 307. Teil. — Das Weib Italiens. 308. Teil. — Das Weib Italiens. 309. Teil. — Das Weib Italiens. 310. Teil. — Das Weib Italiens. 311. Teil. — Das Weib Italiens. 312. Teil. — Das Weib Italiens. 313. Teil. — Das Weib Italiens. 314. Teil. — Das Weib Italiens. 315. Teil. — Das Weib Italiens. 316. Teil. — Das Weib Italiens. 317. Teil. — Das Weib Italiens. 318. Teil. — Das Weib Italiens. 319. Teil. — Das Weib Italiens. 320. Teil. — Das Weib Italiens. 321. Teil. — Das Weib Italiens. 322. Teil. — Das Weib Italiens. 323. Teil. — Das Weib Italiens. 324. Teil. — Das Weib Italiens. 325. Teil. — Das Weib Italiens. 326. Teil. — Das Weib Italiens. 327. Teil. — Das Weib Italiens. 328. Teil. — Das Weib Italiens. 329. Teil. — Das Weib Italiens. 330. Teil. — Das Weib Italiens. 331. Teil. — Das Weib Italiens. 332. Teil. — Das Weib Italiens. 333. Teil. — Das Weib Italiens. 334. Teil. — Das Weib Italiens. 335. Teil. — Das Weib Italiens. 336. Teil. — Das Weib Italiens. 337. Teil. — Das Weib Italiens. 338. Teil. — Das Weib Italiens. 339. Teil. — Das Weib Italiens. 340. Teil. — Das Weib Italiens. 341. Teil. — Das Weib Italiens. 342. Teil. — Das Weib Italiens. 343. Teil. — Das Weib Italiens. 344. Teil. — Das Weib Italiens. 345. Teil. — Das Weib Italiens. 346. Teil. — Das Weib Italiens. 347. Teil. — Das Weib Italiens. 348. Teil. — Das Weib Italiens. 349. Teil. — Das Weib Italiens. 350. Teil. — Das Weib Italiens. 351. Teil. — Das Weib Italiens. 352. Teil. — Das Weib Italiens. 353. Teil. — Das Weib Italiens. 354. Teil. — Das Weib Italiens. 355. Teil. — Das Weib Italiens. 356. Teil. — Das Weib Italiens. 357. Teil. — Das Weib Italiens. 358. Teil. — Das Weib Italiens. 359. Teil. — Das Weib Italiens. 360. Teil. — Das Weib Italiens. 361. Teil. — Das Weib Italiens. 362. Teil. — Das Weib Italiens. 363. Teil. — Das Weib Italiens. 364. Teil. — Das Weib Italiens. 365. Teil. — Das Weib Italiens. 366. Teil. — Das Weib Italiens. 367. Teil. — Das Weib Italiens. 368. Teil. — Das Weib Italiens. 369. Teil. — Das Weib Italiens. 370. Teil. — Das Weib Italiens. 371. Teil. — Das Weib Italiens. 372. Teil. — Das Weib Italiens. 373. Teil. — Das Weib Italiens. 374. Teil. — Das Weib Italiens. 375. Teil. — Das Weib Italiens. 376. Teil. — Das Weib Italiens. 377. Teil. — Das Weib Italiens. 378. Teil. — Das Weib Italiens. 379. Teil. — Das Weib Italiens. 380. Teil. — Das Weib Italiens. 381. Teil. — Das Weib Italiens. 382. Teil. — Das Weib Italiens. 383. Teil. — Das Weib Italiens. 384. Teil. — Das Weib Italiens. 385. Teil. — Das Weib Italiens. 386. Teil. — Das Weib Italiens. 387. Teil. — Das Weib Italiens. 388. Teil. — Das Weib Italiens. 389. Teil. — Das Weib Italiens. 390. Teil. — Das Weib Italiens. 391. Teil. — Das Weib Italiens. 392. Teil. — Das Weib Italiens. 393. Teil. — Das Weib Italiens. 394. Teil. — Das Weib Italiens. 395. Teil. — Das Weib Italiens. 396. Teil. — Das Weib Italiens. 397. Teil. — Das Weib Italiens. 398. Teil. — Das Weib Italiens. 399. Teil. — Das Weib Italiens. 400. Teil. — Das Weib Italiens. 401. Teil. — Das Weib Italiens. 402. Teil. — Das Weib Italiens. 403. Teil. — Das Weib Italiens. 404. Teil. — Das Weib Italiens. 405. Teil. — Das Weib Italiens. 406. Teil. — Das Weib Italiens. 407. Teil. — Das Weib Italiens. 408. Teil. — Das Weib Italiens. 409. Teil. — Das Weib Italiens. 410. Teil. — Das Weib Italiens. 411. Teil. — Das Weib Italiens. 412. Teil. — Das Weib Italiens. 413. Teil. — Das Weib Italiens. 414. Teil. — Das Weib Italiens. 415. Teil. — Das Weib Italiens. 416. Teil. — Das Weib Italiens. 417. Teil. — Das Weib Italiens. 418. Teil. — Das Weib Italiens. 419. Teil. — Das Weib Italiens. 420. Teil. — Das Weib Italiens. 421. Teil. — Das Weib Italiens. 422. Teil. — Das Weib Italiens. 423. Teil. — Das Weib Italiens. 424. Teil. — Das Weib Italiens. 425. Teil. — Das Weib Italiens. 426. Teil. — Das Weib Italiens. 427. Teil. — Das Weib Italiens. 428. Teil. — Das Weib Italiens. 429. Teil. — Das Weib Italiens. 430. Teil. — Das Weib Italiens. 431. Teil. — Das Weib Italiens. 432. Teil. — Das Weib Italiens. 433. Teil. — Das Weib Italiens. 434. Teil. — Das Weib Italiens. 435. Teil. — Das Weib Italiens. 436. Teil. — Das Weib Italiens. 437. Teil. — Das Weib Italiens. 438. Teil. — Das Weib Italiens. 439. Teil. — Das Weib Italiens. 440. Teil. — Das Weib Italiens. 441. Teil. — Das Weib Italiens. 442. Teil. — Das Weib Italiens. 443. Teil. — Das Weib Italiens. 444. Teil. — Das Weib Italiens. 445. Teil. — Das Weib Italiens. 446. Teil. — Das Weib Italiens. 447. Teil. — Das Weib Italiens. 448. Teil. — Das Weib Italiens. 449. Teil. — Das Weib Italiens. 450. Teil. — Das Weib Italiens. 451. Teil. — Das Weib Italiens. 452. Teil. — Das Weib Italiens. 453. Teil. — Das Weib Italiens. 454. Teil. — Das Weib Italiens. 455. Teil. — Das Weib Italiens. 456. Teil. — Das Weib Italiens. 457. Teil. — Das Weib Italiens. 458. Teil. — Das Weib Italiens. 459. Teil. — Das Weib Italiens. 460. Teil. — Das Weib Italiens. 461. Teil. — Das Weib Italiens. 462. Teil. — Das Weib Italiens. 463. Teil. — Das Weib Italiens. 464. Teil. — Das Weib Italiens. 465. Teil. — Das Weib Italiens. 466. Teil. — Das Weib Italiens. 467. Teil. — Das Weib Italiens. 468. Teil. — Das Weib Italiens. 469. Teil. — Das Weib Italiens. 470. Teil. — Das Weib Italiens. 471. Teil. — Das Weib Italiens. 472. Teil. — Das Weib Italiens. 473. Teil. — Das Weib Italiens. 474. Teil. — Das Weib Italiens. 475. Teil. — Das Weib Italiens. 476. Teil. — Das Weib Italiens. 477. Teil. — Das Weib Italiens. 478. Teil. — Das Weib Italiens. 479. Teil. — Das Weib Italiens. 480. Teil. — Das Weib Italiens. 481. Teil. — Das Weib Italiens. 482. Teil. — Das Weib Italiens. 483. Teil. — Das Weib Italiens. 484. Teil. — Das Weib Italiens. 485. Teil. — Das Weib Italiens. 486. Teil. — Das Weib Italiens. 487. Teil. — Das Weib Italiens. 488. Teil. — Das Weib Italiens. 489. Teil. — Das Weib Italiens. 490. Teil. — Das Weib Italiens. 491. Teil. — Das Weib Italiens. 492. Teil. — Das Weib Italiens. 493. Teil. — Das Weib Italiens. 494. Teil. — Das Weib Italiens. 495. Teil. — Das Weib Italiens. 496. Teil. — Das Weib Italiens. 497. Teil. — Das Weib Italiens. 498. Teil. — Das Weib Italiens. 499. Teil. — Das Weib Italiens. 500. Teil. — Das Weib Italiens. 501. Teil. — Das Weib Italiens. 502. Teil. — Das Weib Italiens. 503. Teil. — Das Weib Italiens. 504. Teil. — Das Weib Italiens. 505. Teil. — Das Weib Italiens. 506. Teil. — Das Weib Italiens. 507. Teil. — Das Weib Italiens. 508. Teil. — Das Weib Italiens. 509. Teil. — Das Weib Italiens. 510. Teil. — Das Weib Italiens. 511. Teil. — Das Weib Italiens. 512. Teil. — Das Weib Italiens. 513. Teil. — Das Weib Italiens. 514. Teil. — Das Weib Italiens. 515. Teil. — Das Weib Italiens. 516. Teil. — Das Weib Italiens. 517. Teil. — Das Weib Italiens. 518. Teil. — Das Weib Italiens. 519. Teil. — Das Weib Italiens. 520. Teil. — Das Weib Italiens. 521. Teil. — Das Weib Italiens. 522. Teil. — Das Weib Italiens. 523. Teil. — Das Weib Italiens. 524. Teil. — Das Weib Italiens. 525. Teil. — Das Weib Italiens. 526. Teil. — Das Weib Italiens. 527. Teil. — Das Weib Italiens. 528. Teil. — Das Weib Italiens. 529. Teil. — Das Weib Italiens. 530. Teil. — Das Weib Italiens. 531. Teil. — Das Weib Italiens. 532. Teil. — Das Weib Italiens. 533. Teil. — Das Weib Italiens. 534. Teil. — Das Weib Italiens. 535. Teil. — Das Weib Italiens. 536. Teil. — Das Weib Italiens. 537. Teil. — Das Weib Italiens. 538. Teil. — Das Weib Italiens. 539. Teil. — Das Weib Italiens. 540. Teil. — Das Weib Italiens. 541. Teil. — Das Weib Italiens. 542. Teil. — Das Weib Italiens. 543. Teil. — Das Weib Italiens. 544. Teil. — Das Weib Italiens. 545. Teil. — Das Weib Italiens. 546. Teil. — Das Weib Italiens. 547. Teil. — Das Weib Italiens. 548. Teil. — Das Weib Italiens. 549. Teil. — Das Weib Italiens. 550. Teil. — Das Weib Italiens. 551. Teil. — Das Weib Italiens. 552. Teil. — Das Weib Italiens. 553. Teil. — Das Weib Italiens. 554. Teil. — Das Weib Italiens. 555. Teil. — Das Weib Italiens. 556. Teil. — Das Weib Italiens. 557. Teil. — Das Weib Italiens. 558. Teil. — Das Weib Italiens. 559. Teil. — Das Weib Italiens. 560. Teil. — Das Weib Italiens. 561. Teil. — Das Weib Italiens. 562. Teil. — Das Weib Italiens. 563. Teil. — Das Weib Italiens. 564. Teil. — Das Weib Italiens. 565. Teil. — Das Weib Italiens. 566. Teil. — Das Weib Italiens. 567. Teil. — Das Weib Italiens. 568. Teil. — Das Weib Italiens. 569. Teil. — Das Weib Italiens. 570. Teil. — Das Weib Italiens. 571. Teil. — Das Weib Italiens. 572. Teil. — Das Weib Italiens. 573. Teil. — Das Weib Italiens. 574. Teil. — Das Weib Italiens. 575. Teil. — Das Weib Italiens. 576. Teil. — Das Weib Italiens. 577. Teil. — Das Weib Italiens. 578. Teil. — Das Weib Italiens. 579. Teil. — Das Weib Italiens. 580. Teil. — Das Weib Italiens. 581. Teil. — Das Weib Italiens. 582. Teil. — Das Weib Italiens. 583. Teil. — Das Weib Italiens. 584. Teil. — Das Weib Italiens. 585. Teil. — Das Weib Italiens. 586. Teil. — Das Weib Italiens. 587. Teil. — Das Weib Italiens. 588. Teil. — Das Weib Italiens. 589. Teil. — Das Weib Italiens. 590. Teil. — Das Weib Italiens. 591. Teil. — Das Weib Italiens. 592. Teil. — Das Weib Italiens. 593. Teil. — Das Weib Italiens. 594. Teil. — Das Weib Italiens. 595. Teil. — Das Weib Italiens. 596. Teil. — Das Weib Italiens. 597. Teil. — Das Weib Italiens. 598. Teil. — Das Weib Italiens. 599. Teil. — Das Weib Italiens. 600. Teil. — Das Weib Italiens. 601. Teil. — Das Weib Italiens. 602. Teil. — Das Weib Italiens. 603. Teil. — Das Weib Italiens. 604. Teil. — Das Weib Italiens. 605. Teil. — Das Weib Italiens. 606. Teil. — Das Weib Italiens. 607. Teil. — Das Weib Italiens. 608. Teil. — Das Weib Italiens. 609. Teil. — Das Weib Italiens. 610. Teil. — Das Weib Italiens. 611. Teil. — Das Weib Italiens. 612. Teil. — Das Weib Italiens. 613. Teil. — Das Weib Italiens. 614. Teil. — Das Weib Italiens. 615. Teil. — Das Weib Italiens. 616. Teil. — Das Weib Italiens. 617. Teil. — Das Weib Italiens. 618. Teil. — Das Weib Italiens. 619. Teil. — Das Weib Italiens. 620. Teil. — Das Weib Italiens. 621. Teil. — Das Weib Italiens. 622. Teil. — Das Weib Italiens. 623. Teil. — Das Weib Italiens. 624. Teil. — Das Weib Italiens. 625. Teil. — Das Weib Italiens. 626. Teil. — Das Weib Italiens. 627. Teil. — Das Weib Italiens. 628. Teil. — Das Weib Italiens. 629. Teil. — Das Weib Italiens. 630. Teil. — Das Weib Italiens. 631. Teil. — Das Weib Italiens. 632. Teil. — Das Weib Italiens. 633. Teil. — Das Weib Italiens. 634. Teil. — Das Weib Italiens. 635. Teil. — Das Weib Italiens. 636. Teil. — Das Weib Italiens. 637. Teil. — Das Weib Italiens. 638. Teil. — Das Weib Italiens. 639. Teil. — Das Weib Italiens. 640. Teil. — Das Weib Italiens. 641. Teil. — Das Weib Italiens. 642. Teil. — Das Weib Italiens. 643. Teil. — Das

Die neuen Steuervorlagen

werden heute abend in den im Inseratenteil angekündigten Versammlungen besprochen. Die Parteigenossen und Parteigenossinnen werden zu zahlreicher Beteiligung aufgefodert!

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung, Montag, den 20. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Loebell, Eybow, Weseler, Senze, Breitenbach.

Dritte Beratung des Staatshaushaltsplans.

Der fortschrittliche Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für ungarische Sprache und Geschichte ist von der Unterrichtscommission einstimmig angenommen worden und steht zur Verhandlung. Weiter liegt ein Antrag Hammer (L.) gegen die Errichtung militärischer Bädereien in den Gefangenenlagern vor.

Abg. Dr. v. Niegolewski (Polen):

Trotz des Burgfriedens hat sich die Regierung nicht entschließen können, die gegen die Polen gerichteten Staatsausgaben aus dem Etat zu streichen. Das bedeutet eine schwere Verletzung der berechtigten Interessen und Gefühle der polnischen Bevölkerung. Für einen Etat, der diese Ausgaben enthält, können wir nicht stimmen und wir werden deshalb an der Gesamtstimmung nicht teilnehmen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Seit zwei Jahren hat der Landtag keine normale Tagung mehr gehabt, und die Etatsberatungen tragen mehr oder minder den Charakter der Durcheinanderung. Alle Reden haben etwas Geistesloses, alle Maßnahmen, die vom Hause beschlossene werden, alle Staatspositionen haben etwas Prohibitorisches. Das ist kein Wunder, denn seit der Zeit ist ja die Welt völlig aus den Fugen geraten, in ein gärendes Chaos verwandelt, und wir erwarten alle und hoffen sehnlichst, daß eine neue bessere vernünftige Welt komme. Allerdings kann man die Befürchtung haben, daß an ihrer Stelle nur ein wüstes Trümmerfeld übrig bleiben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir möchten so gerne Antwort auf manche Fragen haben, wir möchten wissen, was da werden soll, was sich gestaltet und was alles nötig ist, damit nicht ein wüstes Trümmerfeld bleibe, sondern eine neue bessere Welt aus der Asche erstehe.

Wenn je, so ist es heute geboten, über all diese Dinge zu sprechen, die notwendig wären, um unser Schicksal in die rechte Bahn zu lenken. So stimmt wie in Rußland oder wie besonders in Oesterreich sind ja unsere parlamentarischen Verhältnisse nicht. Oesterreich hat ja überhaupt kein Parlament. Unsere Parlamente tagen, auch das preussische Dreiklassenparlament. Dieses wacht eifersüchtig über gewisse Rechte, die es beansprucht, und das ist nur selbstverständlich, denn das Dreiklassenparlament ist hervorgegangen aus privilegierten Wahlen, es ist eine Vertretung der privilegierten Schichten, der herrschenden Klassen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und herrschende Klassen lassen sich niemals, auch in den schwierigsten Zeiten nicht, ihre Rechte aus der Hand winden. Man kontrolliert hier die Führung der Reichsgeschäfte, obwohl die herrschenden Elemente des Dreiklassenparlaments ruhig die Wahrung ihrer Interessen ihren Vorgesetzten im Reichstage und in der Regierung überlassen könnten. Hier im Dreiklassenparlament haben wir die Vertretung des Großkapitals in Reinkultur, und alle, auch die größten und wichtigsten Fragen, auch die Kardinalfragen, von der die ganze Gestaltung unseres nationalen und internationalen Lebens abhängt, ob Leben oder Tod, Himmel oder Hölle für die Massen des Volkes bleiben, auch die Fragen des Krieges und der Kriegsführung werden ja hier in diesem Parlament sehr sorgsam beobachtet.

Nun hat die Mehrheit den Beschluß gefaßt, daß bei der diesjährigen Etatsberatung die Erörterung aller auswärtigen Angelegenheiten, insonderheit der Kriegsziele, der Kriegsführung und der Beziehungen Deutschlands zu den kriegsführenden und neutralen Staaten ausgeschlossen bleibt. Dieser Beschluß ist das Unglaublickste, er könnte geradezu als

politische Anomalie und Pervertität

bezeichnet werden. Während die Jungen geweiht werden für die große Redeschlacht im Reichstage und während die Presse seit Tagen und Wochen die erregtesten Erörterungen über diese Fragen gepflogen hat, sollen sie im Parlament von den Vorkämpfern nicht erörtert werden! Das, was in der Kommission als strengstes Kriegsgeheimnis behandelt wurde, ist in der alldeutschen Presse, von den Weltberühmten und U-Boot-Feldern im Schriftlich ganz offen erörtert worden. Die „Tägliche Rundschau“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Rheinisch-Westfälische“, die „Kölnische Volkszeitung“ und andere Blätter haben es mit Stentorstimme in die Welt hinausgeschrien. Man begründet die Geheimhaltung der Kommissionsverhandlungen mit der Rücksicht auf das Ausland, während dieses doch umgekehrt die sehr deutlichen Auslassungen eines gewissen Teils der Presse erfahren kann. Jener Parlamentarismus aber, der die öffentliche Aussprache scheut, der in Geheimnisträmerie flüchtet, gerät auf eine solche Bahn und zeigt die ärgsten Verfalls-symptome. Wie für die Rechtspflege ist auch für jede parlamentarische Tätigkeit die uneingeschränkte Öffentlichkeit die erste und wichtigste Voraussetzung. Ein Parlament, das Geheimnisträmerie betreibt, verdrängt eben das Licht der Öffentlichkeit nicht, es sucht zu verheimlichen und zu vertuschen. Welchen Eindruck hätte es etwa hervorgerufen, wenn wichtige, öffentliche Interessen betreffende Prozesse, wie der Eulenburg- und Krupp-Prozess, nicht nur teilweise, sondern völlig unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden wären! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Man höhnt bei uns in Deutschland viel über ausländische Parlamentsverhandlungen und Vollerhebungen, man höhnt über die Beratungen der Duma, trotzdem doch nahe läge, sich nach einer ganz anderen Seite zu wenden! Was würde man bei uns sagen, wenn im französischen Parlament eine derartige Geheimnisträmerie betrieben würde? Dort spricht man sogar über militärische Fragen frei vor aller Öffentlichkeit, und dort wagt man auch über die Kriegsziele öffentlich zu sprechen. Gerade am 22. und 23. Februar, wo hier über diese Dinge gesprochen wurde, wenn auch in einer Form, die durch den erwähnten Beschluß außerordentlich eingeschränkt war — hat im englischen Unterhause eine große Friedensdebatte stattgefunden. Mein Parteigenosse Snowden und der Liberale Trevelyan u. a. haben über Kriegsziele und Friedensschluß gesprochen. Ich durfte darüber nicht sprechen. Man behauptete, daß ich nicht zur Sache spräche, als ob man in dieser Zeit mehr zur Sache sprechen könnte, als wenn man

die brennendsten Schicksalsfragen

nicht nur unseres deutschen Volkes, sondern der gesamten Menschheit erörtert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir anfangen, vom Frieden zu sprechen, dann sagt man uns, wir dürften das nicht, weil es die Feinde auch nicht läßt. Wenn aber in

den Ländern, mit denen wir Krieg führen, über den Frieden gesprochen wird, dann stoßt man entweder oder man verhöhnt diese Reden totzuschweigen oder man verhöhnt sie gar. Lord Courtray ist nach seinem ganzen Auftreten für die deutsch-englische Verständigung schon vor Jahren ein Mann, der auch bei uns die allgemeine Achtung genießen sollte. Aber in der Enstimmung derartiger Reden liegt Schem, und man will sich dadurch den Vorwand schaffen, bei uns das Sprechen über den Frieden zu verhindern.

Selbst im russischen Parlament durfte die Friedenslage erörtert werden. Die Zensur hat zwar zunächst die Veröffentlichung der Rede des Sozialisten Tschelise verhindert, sie dann aber doch zugelassen. Das anfängliche Zensurverbot ist, mit Recht, als ein Zeichen der reaktionären Zustände im Zarenreich hingestellt worden. Aber gerade solche Zustände sind es doch, für die gewisse Teile dieses Hauses noch die meiste Sympathie haben! Ueberheben wir uns doch nicht und urteilen wir doch nicht immer einseitig über ausländische Zustände! Gewisse Parlamentsreden dürfen auch bei uns in manchen Bundesstaaten nicht veröffentlicht werden, das ist allbekannt. Das Zimmerwalder Manifest darf in Deutschland nicht veröffentlicht werden. In Frankreich wurde das gestattet, allerdings mußten die Blätter gleichzeitig einen Entgegnungsartikel eines der Parteimehrheit angehörigen Sozialisten mitabdrucken. Nun, wir würden ganz gern das Zimmerwalder Manifest abdrucken, selbst wenn wir dahinter einen Artikel des Herrn v. Jeddig oder eines Reden des Herrn v. d. Osten setzen müßten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Rede Tschelises konnte zwar von der „Frankfurter Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht werden, dem „Vorwärts“ aber wurde die vollständige Wiedergabe verweigert. Es ist doch wirklich ein starkes Stück, daß in Deutschland die Friedensrede eines russischen Sozialisten verboten wird. Dadurch soll verhindert werden, daß man erkenne, wie die Friedensstimmung nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern wächst. Aus der in Rußland gehaltenen und veröffentlichten Rede, die der „Vorwärts“ nicht nachdrucken durfte, verlese ich folgende Stelle. Tschelise sagt:

Was ist in 18 Monaten ununterbrochenen Blutvergießens und der beständigen Anspannung der geistigen und materiellen Kräfte vollbracht worden? Freilich finden wir auch jetzt noch keine einmütige Einschätzung dessen, was ringsum vor sich geht. Eines aber ist genügend zutage getreten, und zwar, daß die Menschheit noch nie im Verlauf ihrer Geschichte Zeuge einer solchen Lüge und Heuchelei wie jetzt gewesen ist. Wo sind alle jene großen Reden geblieben, in deren Namen dieser Krieg proklamiert wurde? ... Wo sind die großen Grundzüge der Freiheit der Völker, der Selbstbestimmung der Nationen geblieben? Wo die Parole der Zerstörung des Militarismus? Davon spricht jetzt niemand auch nur ein Wort. Umgekehrt sprechen jetzt alle fürstlichen Propheten bereits davon, daß alle diese Redenarten von Abklärung und Schwächung des Militarismus, wie (der echt russische Abgeordnete) Marloff ganz richtig bemerkt hat, nichts weiter als Unfug sind. Nicht nur die kriegsführenden Mächte, auch alle neutralen Mächte rufen jetzt mit hebräischer Eile. Und gerade jetzt im Krieg zeigt es sich, daß bewaffnete Konflikte möglich sind, denen gegenüber dieser fürchterliche aller Kriege fast als ideal erscheinen konnte.

Und das internationale Recht? Im Namen der Verteidigung dieses Rechts ist ja dieser Krieg proklamiert worden? Was hat er nun zutage gefördert? Er hat gezeigt, daß dieses Recht die Gesetz gewordene Norm eines Systems von Verrat und Tyrannie ist. ... Worin ist nun die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen, worin das große Prinzip der Interessensharmonie zum Ausdruck gekommen? Darin hat es sich gezeigt, daß der Kapitalismus in allen kriegsführenden Ländern im Namen hochpatriotischer Aufgaben die Ausbeutung der Arbeiterklasse auf Kosten der Unterernährung, der Erschöpfung, der Ausartung der Massen verdreifacht hat. Der Krieg ist siegreich gewesen, er hat seinen inneren Sinn, sein wahres Antlitz enthüllt und die Widersprüche der modernen Gesellschaft aufgedeckt, in der die Politik des nackten Raubes, die Politik des Imperialismus herrscht. ...

Diese Worte sind ein Zeichen dafür, daß der Geist des Internationalismus und des internationalen Eintrichts in die Verhältnisse noch nicht erloschen ist und daß der Gedanke für die wirklichen Kulturaufgaben der Völker in Rußland ebenso lebendig ist wie in Frankreich und überall. Tschelise hat auch die Erklärung der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens in sehr anerkennender Weise erwähnt. So sehen Sie, wie Kundgebungen in einem Parlament auf das andere einwirken. Vernunft löst Vernunft aus, Versöhnlichkeit ruft Versöhnlichkeit hervor. Aber ein unfähiges und trügerisches Gehen und Drohen verschärft natürlich und verlängert den Krieg. Daraus ist deutlich zu entnehmen, was eigentlich die Leute sehen, die zur Verlängerung des Krieges beitragen. (Präsident Graf Schwerin-Löwis, der den Redner bereits früher genannt hatte, nicht über die aus der Debatte ausgehenden Fragen zu sprechen, erklärt diese Ausführungen als die auswärtige Politik betreffend und ruft den Redner zur Sache, die dazu beitragen, daß das Volk um so mehr der Not und dem Elend preisgegeben wird.)

Präsident:

Das gehört mit zu den Fragen der auswärtigen Politik, die nach dem Beschluß des Hauses nicht besprochen werden sollen. (Rufe rechts: Zum zweitenmal zur Sache!)

Abg. Ströbel (fortfahrend):

Ich spreche weder über Kriegsziele noch über auswärtige Politik. (Unterbrechung des Präsidenten.) Ich spreche jetzt über die Wirkung parlamentarischer Kundgebungen. (Rufe Unterbrechungen rechts.) Es ist sicher außerordentlich wichtig, jetzt über die Not des Volkes zu sprechen; wir Sozialisten haben seit Kriegsbeginn Maßnahmen gefordert, um das Volk gegen Hunger und Entbehrung zu schützen; es ist sicherlich sehr wichtig, Vorzüge zu treffen, für die Entschädigung der Witwen und Waisen, der verstümmelten Opfer des Krieges, soweit das eine Entschädigung möglich ist, aber noch viel wichtiger ist doch die Frage der Beendigung des furchtbaren Krieges. (Präsident Graf Schwerin-Löwis ruft den Redner abermals zur Sache.) Daß wir Frieden schließen wollen, ist doch ganz allgemein, mit keinem Worte habe ich von Kriegsziele gesprochen. (Präsident: Das Haus hat beschlossen, daß darüber nicht zu sprechen ist!) Ich bin in der Lage, dem Präsidenten nachzuweisen, daß ich mit keinem Wort über Kriegsziele gesprochen habe. (Abg. v. Pappenheim [L.]: Es braucht keinen Nachweis!) Wenn man mir sagt, ich spräche über Kriegsziele, so muß man doch wissen, was man sich darunter vorzustellen hat. (Lebhafte Rufe rechts: Nein!)

Der ungeheuerliche Zustand, in dem das Haus verkehrt worden ist, wird noch vervollständigt dadurch, daß man hier Fragen bespricht, die vor den Reichstag gehören. Sie haben wiederholt im Plenum Kriegszielfragen angeschnitten, sogar noch nachdem dieser

Beschluß gefaßt war, so z. B. hat Herr Hubmann am 1. März über den Antrag gesprochen, der die Versteigerung der Grundstücke in den besetzten Gebieten für Deutschland nutzbar machen will, und er hat dabei Kriegszielfragen angeschnitten. Es war ja allerdings erklärlich, daß darüber gesprochen werden konnte, weil ja unsere ostelbischen Großgrundbesitzer durch den Krieg eine Versteigerung ihrer Güter erhoffen. Aber über die Friedensfrage darf nicht gesprochen werden. Ich gehe natürlich auf die Kommissionsverhandlungen nicht ein, glaube aber doch feststellen zu können, daß dort rückhaltlos

Annektionspolitik gepredigt

worden ist. Wer noch nicht wissen sollte, um was es sich dabei dreht hat, der ist ja aufgeklärt durch den bekannten Artikel Wasser-manns, durch die Anträge im Reichstag, durch einen Artikel der „Deutschen Tagesztg.“ vom 12. März, der trotz des Zensurverbots der Kriegsziel-erörterung sagt: Die deutsche Zukunft aber kann nur ... (Präsident: Das ist wieder auswärtige Politik.) Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Fragen aus der Besprechung ausgeschlossen sind. Ich möchte nachweisen, daß während die Zensur Kriegsziel-erörterungen verbietet, die „Deutsche Tageszeitung“ solche Erörterungen anstellen konnte. (Abg. Ad. Hoffmann: Ja, Bauer, das ist etwas anderes!) Die Besinnungsgeossen der „Deutschen Tagesztg.“ usw. behaupten, die Volksstimmung auf ihrer Seite zu haben. Ach nein, das Volk steht auf einem ganz anderen Standpunkt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir auch verhindern sind, sei es durch die Zensur, sei es durch parlamentarische Beschlüsse, das Volk über die wirkliche Lage aufzuklären, lassen Sie es doch auf die Probe antommen, sorgen Sie dafür, daß wir reden können und unsere Reden verbreiten können, dann werden wir sehen, wie das Volk darüber denkt. Es wäre ja auch sonderbar, wenn gerade Sie jetzt auf einmal das Volk auf Ihrer Seite haben sollten. Das Volkliche Telegraphenbureau hat einen von der Zensur zugelassenen Artikel verbreitet. (Große Unruhe rechts, Unterbrechung des Präsidenten.) Es heißt da: „Alle Völker Europas ohne jeden Unterschied wünschen den Frieden herbeizuführen, und nur jene Staatsmänner, die sich fürchten, begangene Irrtümer einzugehen, wollen den Krieg weiter führen ... (Lärmende Rufe rechts: Schluß! Wort entziehen!) — Präsident: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache und mache Sie auf die Folgen eines dritten Rufes aufmerksam. — Zurufe rechts: Ist ja schon zum drittenmal!) Ich habe mit Genehmigung des Präsidenten einen Artikel verlesen wollen (Abg. v. Pappenheim: Nein!) — Der Präsident verweist wieder auf den Beschluß des Hauses. Sie stellen es so hin, als ob wir der Volksstimmung entgegenhandeln. Sie hindern uns aber, unsere Meinung darzustellen. (Abg. Hoffmann: Preussische Duma.)

Am 19. Februar hat der Abg. Dr. Well die Frage des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen den Zentralmächten und gegenüber den Ententemächten angeschnitten. Er bezog sich auf eine Schrift, die den wirtschaftlichen Zusammenstoß ... (neue Unterbrechungen rechts.) Der Redner zeigt das Stenogramm der damaligen Rede des Abg. Well vor und erklärt erregt: Es ist damals darüber gesprochen worden und Sie wollen es mir jetzt verkneipen? (Rufe: Unerbört! bei den Sozialdemokraten. — Lärmende Schreie rufe rechts. — Abg. Ad. Hoffmann: Wer regiert denn hier, wer ist denn Präsident?) Der Abg. Well hat darüber gesprochen, daß und ob zollpolitische Maßnahmen, eine Absperrung ...

Präsident Graf Schwerin-Löwis

erklärt, daß diese Erörterung zu den Gegenständen gehört, die aus der Debatte ausgeschlossen seien, er ruft den Redner wieder zur Sache und befragt das Haus unter lebhaftesten Protestrufen der Sozialdemokraten, ob es den Abg. Ströbel weiter hören wolle. Dafür stimmen nur die Sozialdemokraten, Polen und Dänen. (Stürmische Rufe der Sozialdemokraten: Unerbört! Skandal!)

Abg. Ströbel (Soz.) [zur Geschäftsordnung]:

Daß dieser Fall eintreten würde, habe ich doch für unmöglich gehalten. Am 16. Februar wurde beschloßen, Kriegsziele und auswärtige Politik nicht zu behandeln, am 19. Februar hat Abg. Dr. Well jene Rede gehalten, der Handelsminister Dr. Eybow ist darauf eingegangen, auch die übrigen Redner haben darüber gesprochen. Jetzt, wo mir das Recht zusteht, über alle beim Etat besprochenen Dinge zu reden, wollen Sie mir dieses Recht nehmen. Das geht den und doch sogar über die Praxis dieses Dreiklassenhauses hinaus. (Stürmische Zustimmung der Sozialdemokraten. — Präsident: Es steht Ihnen frei, sich über die von mir erteilten Rufe zur Sache beim Hause zu beschweren. — Abg. Ad. Hoffmann: Sieh über den Teufel bei seiner Großmutter zu beklagen.) Wenn Sie also ... (Großer Lärm rechts, in dem die weiteren Worte des Redners untergehen. — Zurufe der Sozialdemokraten: Offentlicher Skandal, brutale Gewalt!)

Abg. Kloppenborg (Däne):

Im Hinblick auf die Positionen des Etats, die Mittel zur Bekämpfung der fremdsprachlichen Gebiete fordern, und die mit dem Kaiserwort, daß es keine Parteien mehr gebe, sondern nur noch Deutsche, und mit dem Burgfrieden nicht vereinbar sind, können wir dem Etat nicht zustimmen und werden uns der Abstimmung enthalten.

Damit schließt die Debatte. In der Gesamtstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Anträge Hammer und Kronjahn werden gleichfalls angenommen. Damit ist auch die dritte Lesung des Etats erledigt.

Hierauf wird das Eisenbahnanleihegesetz in zweiter und dritter Lesung nach unwesentlichen Debatten angenommen. Es folgt die zweite Lesung der Gesetze betr. die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Junagungsstrankassen.

Die Kommission hat einen neuen § 1a eingefügt, wonach die Ordnungsstrafen bestehen können in Warnung, Verweis und Geldbuße. Nach § 2 der Kommissionsbeschlüsse soll die Befugnis, Ordnungsstrafen zu verhängen, dem Landrat beziehungsweise dem Bürgermeiester zustehen; Beschwerden dagegen ist zulässig beim Bezirksauschuss respektive Provinzialrat, der endgültig entscheidet. Welche beschließen auf Grund mündlicher Verhandlung.

Ein Antrag Braun (Soz.) will die Befugnis, Ordnungsstrafen zu verhängen, dem Vorstand der Kasse zusprechen. Die Beschwerde dagegen soll zulässig sein beim Versicherungsamt und Oberversicherungsamt. Außerdem soll eingefügt werden: Für ihr Verhalten außer dem Amte können die im § 1 genannten Beamten nicht disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden.

Ein freiwiliger Antrag will, daß über Strafen von über neun Mark der Regierungspräsident entscheidet. Beschwerde soll nach diesem Antrag beim Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten resp. dem Oberverwaltungsgericht zulässig sein.

Ein Antrag Gronowski (Z.) schlägt für § 2 die Regelung vor, daß Strafen gegen untere Kassenbeamten bis zu neun Mark vom Kassenvorstand erlassen werden können, und will einen neuen Paragraphen in das Gesetz einfügen, wonach seine Bestimmungen auch für die Dienstvergehen der von Kassenverbänden angestellten Beamten gelten sollen.

Endlich liegt eine Resolution zu Erde und Genossen (L.) vor, die baldigste Vorlegung eines Gesetzes verlangt, das die Arreststrafen gegen Unterbeamte allgemein aufhebt.

Ein Antrag Kronsohn dazu wünscht Vorlegung eines solchen Gesetzes noch in dieser Session.

Abg. Schmiljan (Rp.):

Wir haben den Antrag beantragt, daß das Gesetz, das diese entwürdigende Arreststrafe für die Unterbeamten allgemein beseitigt, schon in dieser Session eingebracht werden muß. — In dem § 2 des Gesetzes liegt eine direkte Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Das Strafrecht der unteren Aufsichtsstellen ist dadurch erhöht worden. Außerdem ist den Beamten das Recht genommen, sich gegen eine Straffestsetzung beim Oberverwaltungsgericht zu beschweren. Wir wollen durch unseren Antrag erreichen, daß der jetzige Rechtszustand für die übrigen gemeindlichen Unterbeamten auch für die Kassenbeamten Geltung erhält. Die Hauptsache ist die Garantie der Rechtsicherheit für die Beamten, eine eventuelle Mehrbelastung des Oberverwaltungsgerichts kann demgegenüber nicht ins Gewicht fallen. Dem Antrag Kronowski könnten wir zustimmen, er sagt nur nichts über den weiteren Rechtsweg.

Abg. Hammer (L.):

Keine Freunde werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. Den Antrag Braun lehnen wir ab.

Abg. Braun (Soj.):

Ich hatte bereits bei der ersten Beratung dieses Gesetzes ausführlich darauf hingewiesen, daß die preussische Staatsregierung mit ihrem Erlass vom 18. Februar 1914 den Kreis der Kassenangestellten, denen die Rechte und Pflichten der Kommunalbeamten übertragen werden, zu weit gezogen hat. Ich gebe nochmals dem dringenden Wunsch Ausdruck, daß die preussische Regierung ihre Stellungnahme revidiert. Ferner besteht darüber große Unklarheit, inwieweit die Kassenangestellten eigentümlich der Disziplinarergewalt des Vorstandes respektive des Bürgermeisters unterliegen. Die Folge der zu weiten Auslegung des § 50 ist dann auch, daß die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen immermehr in der Meinung bestärkt werden, Kassenbeamte nicht mehr mit Ruhegehalt anzustellen, um dadurch ihre Disziplinarergewalt zu erhalten. Die Beamten wollen nicht für das Pensionsrecht des Ruhegehalts das freie Recht der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte aufgeben.

Nun zum Gesetz selbst. Die Arreststrafe ist auch in diesem Gesetz nicht aufgehoben. Dabei sind fast zwei Jahrzehnte lang in diesem Hause Anträge auf Beseitigung der Arreststrafe für Beamte angenommen worden. Jetzt erklärt die Regierung, man wolle bei diesem Gesetz nicht eine Ausnahme machen. Dabei ist doch das ganze Gesetz eine Ausnahme. Die Arreststrafe bedeutet eine Degradierung der Beamten zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Die hierzu vorliegenden Anträge setzen das bisherige Spiel fort. Ich meine, wir haben die Regierung lange genug erstickt, und sollten bei dieser Gelegenheit endlich zu Taten übergehen und in diese Materie einmal Greife legen. Wenn wir hier wenigstens mit der Arreststrafe aufräumen, dann wird ein solches Stückweises Abtragen der längst überlebten Bestimmungen die Regierung veranlassen, etwas schneller zu einer allgemeinen Revision des Beamten-Disziplinarergewaltgesetzes zu kommen. Im übrigen wollen unsere Anträge die Strafbefugnis an die gewählten Selbstverwaltungsorgane der Arbeiterversicherung übertragen. Den Anträgen Kronowski und Kronsohn könnten wir auch zustimmen.

— Vor allem möchte ich die Regierung nochmals ersuchen, der Kollision der Kompetenzen zwischen Bürgermeister und Kassenvorstand ein Ende zu machen. Der jetzige Zustand, daß der Kassenvorstand nur das Recht hat, den Beamten anzustellen, ihn zu besolden, daß er aber im übrigen der Disziplinarergewalt des Bürgermeisters oder des Landrats untersteht, kann die Arbeitsfreudigkeit der Vorstandsmitglieder nicht fördern. In der jetzigen Zeit des gegenseitigen Vertrauens sollte auch die preussische Regierung ebenso wie die süddeutschen den selbstgewählten Verwaltungsorganen der Arbeiterbewegung das Vertrauen entgegenbringen, das sie durch ihre jahrzehntelange Tätigkeit verdient. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gottschall-Solingen (natl.):

Auch wir werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. In den vorliegenden Anträgen sehen wir keine Verbesserung der Vorlage. Die Resolution der Konservativen nehmen wir an.

Abg. Dr. Gronowski (R.):

Ich bitte, unserem Antrage als sehr vorichtig gefaßten Mittelweg zuzustimmen. Eine Revision der Verordnung vom 18. Februar 1914 wäre in der Tat notwendig. Sie führt in der Tat dazu, daß die Kassen das Bestreben haben, Beamte nicht mehr mit Ruhegehalt anzustellen.

Ein Regierungsvertreter

betont gegenüber dem Abg. Braun, daß die Auslegung der Reichsversicherungsordnung im Einverständnis mit dem Reichsamt des Innern erfolgt sei, und erklärt im übrigen, daß die Regierung gegen den Antrag Gronowski nichts einzuwenden habe.

Abg. Braun (Soj.)

legt auf Grund der Entstehungsgeschichte des betreffenden Paragraphen der Reichsversicherungsordnung gegenüber dem Regierungsvertreter nochmals dar, daß die Auslegung der preussischen Regierung zu weit geht. Wenn das Reichsamt des Innern der Auslegung zugestimmt hat, so wird es Sache des Reichstags sein, sich mit ihm darüber auseinanderzusetzen. Die Befürchtung, daß Kassen Beamte nicht mit Ruhegehalt nicht mehr anstellen werden, hat nicht nur theoretische Bedeutung, wie der Regierungsvertreter meinte, sondern die Kassen haben bereits allgemein beschlossene, den neuangestellten Beamten kein Ruhegehalt mehr zuzusichern.

Damit schließt die Debatte.

§ 1a der Kommission wird einstimmig angenommen, die sozialdemokratischen und fortschrittlichen Anträge werden abgelehnt, der Antrag Gronowski angenommen und mit dieser Veränderung die Kommissionsbeschlüsse. Die Resolution der Konservativen wird mit der Einfügung des fortschrittlichen Antrags angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Steuerzuschläge). Schluß 2 1/2 Uhr.

Zensurfragen im sächsischen Landtage.

Zu Beginn der Landtagsession beantragte die sozialdemokratische Fraktion, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat dafür einzutreten, daß das verfassungsmäßige und gesetzliche Recht der Staatsbürger in bezug auf die Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit sofort wiederhergestellt wird.

In der Vorberatung am 20. November kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung in der Kammer. Der Antrag wurde der Beschwerde- und Petitionsdeputation zur weiteren Behandlung überwiesen. Diese hat sich in fünf langen Sitzungen eingehend damit beschäftigt. Die Regierung hatte im Plenum — wie schon vorher in außerordentlichen Landtagen — die Erklärung abgegeben, daß sie wegen Unzuständigkeit es unbedingt ablehne, irgendetwas im Sinne des Antrages zu unternehmen. Sie beharrte auch der Deputation gegenüber auf diesem Standpunkt, erklärte sich aber bereit, in Rücksicht auf eine Petition bürgerlicher Journalisten an den Beratungen teilzunehmen. Die bürgerlichen Journalisten beschwerten sich auch über die Handhabung der Zensur, besonders über ihre Ausdehnung auf politische Angelegenheiten. Aus dem Bericht der Deputation ergibt sich, daß alle bürgerlichen

Parteien den sozialdemokratischen Antrag ablehnten, was nach ihren Erklärungen im Plenum vorausgesehen war. Etwas anders haben sie sich zu den zahlreichen einzelnen Beschwerden über die scharfe Anwendung der Zensur und besonders zur Zensurierung der Parlamentsberichte gehalten. In dem Bericht wird darüber folgendes ausgeführt:

„Den breitesten Raum in den Erörterungen nahm die Frage ein, ob die Ausdehnung der militärischen auf die politische Zensur gerechtfertigt sei und ob die Zensurbehörde bei Ausübung der politischen Zensur das richtige Maß getroffen hätte. Die Regierung nahm zu dieser Frage folgenden Standpunkt ein: Der Begriff der militärischen Zensur werde von den Petenten und Antragstellern zu eng gezogen. Es liege auf der Hand, daß auch politische Ausführungen wegen ihrer Rückwirkung auf das Ausland im Interesse der Landesverteidigung unerwünscht sein könnten und insoweit diese das militärische Interesse unmittelbar berührten. Insofern seien politische und militärische Dinge überhaupt nicht zu trennen. Gerade die als Beispiel angeführte, angeblich der Zensur unzulässigerweise unterstellte Frage der Lebensmittelerzeugung sei bei unrichtiger Behandlung besonders geeignet, falsche Vorstellungen über unsere wirtschaftliche Lage zu erwecken und das Vertrauen der Feinde auf unsere, wenn nicht militärische, so doch wirtschaftliche Ueberwindung zu heben. Ebenso stehe es mit der Störung des Burgfriedens durch geschäftliche Parteiausführungen, des religiösen Friedens durch konfessionelle Fanatiker und Religionsfeinde und dergleichen mehr, die die gleichfalls im Interesse der Landesverteidigung erforderliche Eintracht leicht stören und den Feinden das Wild eines durch Zwietracht zerrissenen, also weniger widerstandsfähigen Volkes bieten können. Der Burgfriede werde deswegen auch als eine rein militärische Angelegenheit betrachtet (!). Aus den angeführten Gründen sei auch nur eine Einschränkung der Zensurmöglichkeit nicht zu befürworten.“

Die Deputation konnte die Stellungnahme der Regierung nicht restlos billigen. Schon das von der Regierung gewählte Beispiel der Lebensmittelfrage erschien der Deputation nicht geeignet, das völlige Verbot ihrer Besprechung zu rechtfertigen. Im Auslande wird durch eine Besprechung dieser Verhältnisse kein Schaden angerichtet. Das Ausland ist, insbesondere auch durch die große Zahl der über die Ernährungsfrage ergangenen Bundesratsverordnungen, aber auch sonst über unsere Lage unterrichtet gewesen, bevor die Lebensmittelfrage öffentlich erörtert werden durfte. Besteht also nach außen hin durch die öffentliche Erörterung der Lebensmittelfrage keine Gefahr, die gerade dieses Verbot rechtfertigen könnte, so hat auf der anderen Seite die Unmöglichkeit, Lebensmittelfragen zu besprechen, im Innern zu recht unliebsamen Folgeerscheinungen geführt. . . . Ebensovornig konnte die Deputation der Auslegung des Burgfriedens durch die Zensurbehörde zustimmen. Der Burgfriede ist nicht, wie dies bei der jetzigen Handhabung der Zensur offenbar angestrebt wird, die Erziehung jeder parteipolitischen Betätigung. Der Burgfriede kann nur in der gegenseitigen Achtung der Parteien, in der Achtung der Ueberzeugung Anderdenkender und in dem Bestreben, in allen politischen Dingen ausschließlich dem Vaterlande zu dienen und ihm zum Siege zu verhelfen, bestehen. Hierbei läßt sich aber die Erörterung politischer und auch parteipolitischer Dinge nicht vermeiden; im Gegenteil erscheint eine Klärung der unser Volk mehr als je bewegenden politischen Dinge durchaus wünschenswert. . . . Grundsätzlich ist auch zu bedenken, daß jede Ausübung politischer Zensur zur Einseitigkeit führen muß. Auch der Zensur ist ein denkender Mensch, der einer bestimmten Anschauung huldigt. Er wird also immer Dinge, von deren politischer Richtigkeit er selbst überzeugt ist, als harmlos und den Burgfrieden nicht gefährdend ansehen, während ihm gegenteilige Meinungen leicht als solche Gefährdungen erscheinen. Es ist deswegen nicht zu verwundern, daß gewisse Angriffe in Zeitungen übergehen konnten, ohne vom Zensur beanstandet zu werden, daß aber die dagegen gerichteten Ausführungen des Gegners als den Burgfrieden gefährdend betrachtet wurden. Von dieser Einseitigkeit glaubten übrigens sich nicht nur einzelne Parteirichtungen getroffen, vielmehr wurde von allen in der Deputation vertretenen politischen Richtungen dieser Uebelstand gleich empfunden und beklagt. Die Deputation bezeichnete also den bestehenden Zustand der politischen Zensur als unerwünscht. . . .

Die Frage der Veröffentlichung wahrheitsgetreuer Berichte aus den Verhandlungen des Landtages ist bei Beginn der gegenwärtigen Tagung bereits einmal aktuell geworden, als Erwägungen darüber schwebten, ob über die Lebensmittelerhandlungen des Landtags ungefügte Berichte erscheinen dürften. . . . Wesentlich ist, daß in der Tat aus dem Verhalten der Regierung der Schluß gezogen werden muß, daß nach ihrer Anschauung auch wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen des Landtags der Zensur unterliegen. In der Deputation wollte man sich zu dieser Auffassung nicht verstehen. Man wies darauf hin, daß in § 12 des Reichsstrafgesetzbuchs ausdrücklich jeder wahrheitsgetreue Bericht über die Verhandlung eines deutschen Parlamentes von jeder Verantwortung befreit worden sei und daß die Militärgewalt unmöglich so weitgehende Rechte haben könne, daß sie einen solchen grundlegenden Gedanken eines Reichsgesetzes außer Kraft setzen könne. . . . Dieser Zustand ist nach Ansicht der Deputationsmitglieder nicht haltbar und entspricht weder der Bedeutung des Landtages, noch den Bedürfnissen der Öffentlichkeit. . . . Von der politischen Zensur ist die Zensur auf wirtschaftspolitischen Gebiete nicht zu trennen, so daß alles das, was über die politische Zensur gesagt worden ist, sich auch auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik bezieht.“

Die Deputation kam aber nicht zu der Forderung, die Zensur über politische und wirtschaftliche Fragen zu beseitigen, wie man das nach diesen Darlegungen erörtern müßte. Sie beantragte nur, daß die politische und wirtschaftspolitische Zensur weitberzig und gleichmäßig und nur insoweit ausgeübt werde, als dies die siegreiche Durchführung des Krieges unbedingt erfordert. Die Stellen, auf die es ankommt, werden sich durch diesen Antrag kaum von ihrer bisherigen Praxis abbringen lassen.

Aus Groß-Berlin. Ochsenbutter!

Ochsenbutter? Der Leser reißt vielleicht die Augen auf beim Lesen dieser Bezeichnung, wie wir selbst es taten. Der Krieg hat ja scheinbare Unmöglichkeiten zur Wirklichkeit gemacht und die merkwürdigsten Erscheinungen und Umwandlungsprozesse gezeitigt, daß man sich eigentlich über nichts mehr wundern sollte. Aber Ochsenbutter? Wie ist das möglich? Die erste Vorbedingung für Butter ist bekanntlich Milch resp. Sahne. Däse und Sahne — wie kommt Kuhmilch aufs Dach, fragte jener Bauer. Wie kommt ein Däse zu Sahne? — Bitte sehr, Ochsenbutter gib's! Auf einem Wochenmarkt in einem Vorort Berlins war es neulich angehängen auf der Preistafel, das Pfund zu 4,90 M.

Das wunderbare Problem reizte uns, der Sache auf den Grund zu gehen und siehe da, die „Ochsenbutter“ entpuppte sich als ganz gewöhnlicher — „Hindertalg“. Wir fragen nun, und mit uns viele andere: Was sollen solche Bezeichnungen? Entspringt der Name der Phantasie des betreffenden Schlächtermeisters? Abgesehen von Phantasiepreisen haben Schlächtermeister in der Regel mit Phantasie

nichts zu tun. Soll es blutiger Hohn sein auf den jeweiligen Buttermangel und das große Butterbedürfnis der Bevölkerung, die Stunden in Wind und Wetter auf ein Viertelpfund Butter wartet? Das wäre ein starkes Stück und der jetzigen Zeit nicht angepaßt. Mit anderen Worten: Wir verbitten uns solche Scherze. Wenn es einem Schlächtermeister wohl zu Rute ist, gut, uns soll's recht sein. Aber dann soll er seinem gehobenen Empfinden auf andere Weise Luft machen; aber nicht die Konsumenten beräppeln — von wegen „Ochsenbutter“.

Zur drohenden Gaspreiserhöhung.

Der Ausschuß zur Vorberatung des Vorschlags, die Gaspreise zu erhöhen, hielt gestern eine Sitzung ab. Nach mehrstündiger Beratung erfolgte eine Vertagung auf Donnerstag. Die Vorlage schlägt übrigens, wie wir hören, eine noch größere Erhöhung vor, als bislang angenommen wurde. Heute beträgt der Gaspreis 13 Pf. abzüglich 5 Proz. Rabatt. Der Gaspreis soll nun nicht wie wir annehmen unter Beibehaltung, sondern unter Fortfall des Rabatts auf 16 Pf., d. h. von 12,35 Pf. für den Kubikmeter auf 16 Pf., also um 25 Proz. (nicht nur um 19 Proz.) erhöht werden. Rabatte sollen bei dem 16 Pf.-Preis erst bei einer Entnahme von 5001 Kubikmeter jährlich ab allgemein gewährt werden, und zwar mit 9 Proz. beginnend bis 20 Proz. (steigend mit dem Gasverbrauch), außerdem sollen 15 Proz. für Gas zur Flur- und Treppenbeleuchtung, 20 Proz. für Gas zum Motorenbetriebe, zu Heizwecken oder zur Wasserbereitung gewährt werden. Demnach erhielten Rabatt künftig erst, wer nach dem heutigen Tarif eine höhere jährliche Gasrechnung als 617,50 M. hat. Heute erhält den Rabatt jeder. Die geplante Gaspreiserhöhung ist also eine noch plünderhaftere Steuererhöhung, als wir angenommen hatten. Auch das Automogas soll erhöht werden: statt 675 Liter soll es künftig nur 542 Liter für 10 Pf. geben! Die Preise sollen also höher werden, als sie im Jahre 1847 die englische Gesellschaft und 1862 die Stadt festgelegt hatte. Das nennt man — Fortschritt. Der Rückgang des Gaskonsums würde infolge solcher die Gasconsumenten ungerecht belastenden Steuer ein ganz gewaltiger sein. Also auch vom rein kaufmännischen Standpunkt aus ist der Plan einer Gaspreiserhöhung ein recht verfehlter. Oder hoffen die Väter der Stadt, daß die Konsumenten jetzt kein anderes Beleuchtungsmaterial erlangen werden? Dann wäre das Bestreben, die durch den Krieg verursachte vorübergehende Last allein den Gasverbrauchern aufzulegen, ja ein noch verwerflicheres.

Unberechtigter Kirchensteuerforderung.

Im „Vorwärts“ wurde oft berichtet, daß Kirchensteuerforderungen auch solchen Personen zugegangen waren, die der Kirche keine Steuern schuldeten. Es scheint, daß diese Versehen, die man bei einer geordneten Verwaltung kaum für möglich halten sollte, unausträglich sind. Vor dem geschäftsführenden Ausschuß der Berliner Synode, der die Kirchensteuern einliefert, hat die Witwe eines im Oktober vorigen Jahres verstorbenen Schenkewirtes jetzt im März die schriftliche Aufforderung erhalten, die von ihrem Gatten angeblich noch geschuldete Kirchensteuer für 1915 (bis zum Schluß des Sterbemonats) nachträglich zu zahlen, wozu sie als seine Erbin verpflichtet sei. Wahr ist, daß die Kirche das Recht hat, zur Eintreibung rückständiger Steuern nötigenfalls nach dem Nachlaß eines Verstorbenen in Anspruch zu nehmen. Der Mann, um den es sich hier handelt, war nun freilich der Kirche auch bei Lebzeiten für seine Person schon längst nichts mehr schuldig gewesen, allwieweil er ihr bereits im Jahre 1908 den Rücken gelassen und durch Austrittserklärung sich in aller Form von ihr losgesagt hatte. Nur für seine Frau, die nach wie vor in der Kirchengemeinschaft blieb, hatte er noch weiter die auf sie entfallende Steuerhälften zahlen müssen. Aber auch die war für das ganze Steuerjahr 1915/16 von der Witwe längst bezahlt worden, als noch um Mitte März das Ersuchen um Zahlung der angeblichen Kirchensteuerschuld ihres verstorbenen Mannes bei ihr eintraf. Bei der Synodalkasse, wo die Witwe diese Zumutung ablehnte und unter Vorlegung schriftlicher Beweismittel den Sachverhalt aufklärte, machten sie wieder mal verlegene Gesicht. Gegen solche irigen Zahlungsaufforderungen, die — wie schon gesagt — bei der Kirchensteuer nichts Neues sind, ist man leider wehrlos. Der damit Belästigte muß noch Zeitverlust und Geldausgaben dransetzen, um schließlich die Synodalkasse über den Irrtum zu belehren und weitere Unannehmlichkeiten zu sich abzuwenden.

Unfall oder Verbrechen?

Auf dem Bahnkörper der Vorortbahn Berlin-Richterfelde, etwa 200 Meter vor Säbende, wurde am gestrigen Montagmorgen von Bahnarbeitern ein junges Mädchen aufgefunden, das bewegungslos war und leise schlief. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß das Mädchen eine schwere Gehirnerschütterung oder einen Schädelbruch erlitten hatte, und veranlaßte die Entsendung der Schwerverlegten in das Schöneberger Krankenhaus. Dort liegt das junge Mädchen noch immer bewegungslos da, so daß der rätselhafte Vorfall bisher noch nicht aufgeklärt und auch ihre Personalkosten bisher nicht festgestellt werden konnten. Es wird angenommen, daß das Mädchen das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Wahrscheinlich ist es in einem fahrenden Vorortzuge überfallen worden, worauf auch die Art ihrer Verletzung hindeutet, und ist dann aus dem Zuge gesprungen, um ihrem Beirger zu entgehen. Ein Selbstmordversuch scheint kaum in Frage zu kommen. Es handelt sich um ein etwa 18jähriges, auffallend hübsches Mädchen. Es ist etwa 1,50 Meter groß, kräftig entwickelt, hat blaue Augen und zwei sehr starke und lange hellblonde Zöpfe, die gelöst waren. Bekleidet war die Unbekannte mit schwarzem Samtkleid, weißer Seidenbluse, dunklen Unterhemdchen, weißer Leibwäsche, grauem Korsett, schwarzen Schnürstiefeln mit Lackspitzen, schwarzen Strümpfen und schwarzem Samtkleid mit einer roten und weißen Rose. Jemandem welche Ausweispapiere oder sonstige Gegenstände wurden bei dem Mädchen nicht gefunden.

Gestohlene Rettungsgeräte.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die von der Stadt Berlin an den öffentlichen Wasserläufen angebrachten Geräte zur Rettung von Personen sind auch im verflochtenen Jahre wieder in vielen Fällen gestohlen oder beschädigt worden. Leider ist es nicht immer gelungen, den Uebeltäter zur Verantwortung zu ziehen. Da durch das Fehlen oder die Beschädigung der Rettungsgeräte der Verlust von Menschenleben in Frage kommt, so sind die Sicherheitsmannschaften angewiesen, der Bewachung der Geräte ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Aber auch das Publikum würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es bei der Feststellung der Täter mitwirken würde, um diese ihrer wohlverdienten Strafe zuzuführen.

Feuerbrand in einer Privatwohnung.

Die Berliner Feuerwehr wurde am Sonntagabend nach dem Helgoländer Ufer 8 gerufen, wo in einer Wohnung durch Entzündung von Filmen ein gefährlicher Brand ausgebrochen war. Zwei Jüge waren schnell zur Stelle. Es brannten dort unter anderem Mobilien und Immobilien. Leider haben dabei mehrere Personen gefährliche Verletzungen erlitten. Ein Herr B. v. Wapisch erlitt im Gesicht und an den Händen schwere Brandwunden. Herr B. v. Wapisch wurde die rechte Hand verbrannt, und der Wagnachmeister Dr. Görg erlitt Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Samariter der Feuerwehr legten allen Verletzten Not-

verbände an. Der Brand konnte auf die Wohnung beschränkt werden.

Schwerhörige Schulkinder.

Aus den Berliner Gemeindefchulen waren der Städtischen Schuldeputation rund 200 Kinder gemeldet worden, die im Unterrichte durch ihre Schwerhörigkeit ausgefallen waren. Sie wurden in den letzten Wochen durch den Ohrenarzt, Universitätsprofessor Dr. Brühl in Gemeinschaft mit dem Inspektoren der Schwerhörigen Schulen Direktor Schorsch untersucht. 48 Kinder erwiesen sich als hochgradig schwerhörig, daß sie in eine Schule für Schwerhörige umgeschult werden müssen, wo sie einen ihrem Leiden entsprechenden Unterricht erhalten. Bei vierzig Kindern wurde chronische Ohreiterung festgestellt. Es kann Eltern nicht dringend genug empfohlen werden, auch leichte Ohrenkrankungen ihrer Kinder ernstlich zu beachten und ärztlich behandeln zu lassen, damit nicht aus einer vorübergehenden und heilbaren eine dauernde und unheilbare Schädigung des Gehörs eintritt.

Wie Höchstpreise umgangen werden.

Einem Dienstmädchen, das drei Pfund Sauerkraut einholen sollte, wurde dafür ein Preis von 17 Pf. für das Pfund abgefordert. Als die Auftraggeberin des Mädchens darauf selbst in das betreffende Geschäft ging, erhielt sie auf ihre Frage, was das Kraut koste, die Antwort: Ohne Lüge 16 Pf., mit Lüge 17 Pf. Es sollte also für die ortsbildlich losenlos beizugebende Verpackung, die doch auch mitgenommen wird, ein Preisaufschlag von 1 Pf. für das Pfund, bei drei Pfund also von 3 Pf. über den Höchstpreis erhoben werden. Daß dieses Verfahren ganz unzulässig ist und die Höchstpreisvorschriften illusorisch macht, ist zweifellos. Die Händler werden daher in ihrem eigenen Interesse darauf hingewiesen, solche eigenmächtigen Verstöße gegen die Lebensmittelvorschriften, durch die sie sich strafbar machen, zu unterlassen.

Die Berliner Bevölkerung hat weiter abgenommen. Im Januar dieses Jahres wurden 7368 männliche Personen mehr abgemeldet und 692 weibliche mehr angemeldet. Anfang Februar d. J. waren danach 1828418 Seelen vorhanden, gegen 1942478 am 1. Februar 1915 und 2081475 Personen am 1. Februar 1914. Die Abnahme von 253057 Personen trifft nur das männliche Geschlecht, denn das weibliche hat zugenommen. Am 1. Januar d. J. waren 1092088 weibliche Personen gegen 743006 männliche Personen gemeldet, am 1. Februar 735688 männliche gegen 1092780 weibliche, während im Februar 1914 das Verhältnis 992087 Männer gegen 1089488 Frauen war. Das Verhältnis hat sich danach immer mehr verschoben, besonders seit dem Jahre 1912, wo noch 1004423 männliche und 1090007 weibliche Personen gezählt wurden. Seit 1912 hat die Zahl der männlichen Bevölkerung ununterbrochen abgenommen, während die der weiblichen sich gleichbleibend ist und in den letzten Monaten, seit Oktober d. J. sogar ununterbrochen, wenn auch langsam gestiegen ist, trotz des Krieges und zahlreicher Fortzüge.

Drei Räuber verhaftet. Einen dreifachen Raub versuchten zwei junge Männer gestern vormittag in der Greifswalder Straße 220. Sie erschienen dort in dem Ulren- und Goldwarenladen von Bracht und verlangten einen Becher. Der Geschäftsmann legte ihnen mehrere vor, sie erklärten jedoch, daß ihnen keiner passe, und zeigten endlich auf einen bestimmten, der im Schaufenster stand. Als Bracht sich jetzt hinausbeugte, um diesen Becher von der Auslage herauszunehmen, schlug ihn der eine Räuber mit der Faust zu Boden. Beide versuchten dann, Wertgegenstände zu rauben. Bracht erholte sich aber gleich. Auf seine Hilferufe und auf das Erscheinen anderer Kunden ergriffen die beiden Räuber die Flucht, wurden aber bald von Bürgerweilern und einem Soldaten festgenommen. Auf der Reberwache wurden sie festgesetzt als 18 und 19 Jahre alte Arbeiter namens Ehler und Reumann, die beide in der Lindenstraße 154 wohnen. — Bei einem Handtaschenraub ertappt wurde auch ein 17jähriger Beschäftigungsloser Arbeitsburche Franz Jarecki. Er wurde ergriffen, nachdem er einer Dame in der Neustädtischen Kirchstraße die Handtasche entrisen hatte.

Bündelhölzer für den Feldpostversand.

Zur Vermeidung von Feldpostbränden ist der Versand von Feldpostpaketen, die feuergefährliche Bündelhölzer, Feuerzeuge usw. enthalten, verboten worden. Die Feldpostpakete werden von Offizieren auf ihren Inhalt untersucht und die Abänderung derselben verfallen unter Umständen strenger Strafe. Wir haben denn auch wiederholt im allgemeinen Interesse vor der Versendung feuergefährlicher Gegenstände in den Feldpostpaketen gewarnt. Leider ist den Soldaten, die der Bündelmittel oft dringend bedürfen, durch bloße Warnungen nicht gedient. Eine Leipziger Firma hat nun Bündelhölzer und Feuerzeuge hergestellt, deren Versendung durch das Reichspostamt zugelassen worden ist. Es handelt sich um die Fabrikate „Dannemanns Bündelmittel fürs Feld D. N. P.“ und „Dannemanns Feuerzeuge fürs Feld D. N. P.“. Die Postdienststellen sind von der Zulassung dieser Bündelmittel durch das Reichspostamt in Kenntnis gesetzt. Auch dem Kriegsministerium ist von dieser Zulassung Mitteilung gemacht.

Das Bernhard-Rose-Theater brachte dieser Tage wieder ein neues Berliner Volksstück „Mutter Road“ heraus. Der Verfasser, Hans Erdmann, hat die gute alte Zeit der letzten Gegenwart gegenübergestellt. In vier breit angelegten Akten wird das dankbare Thema vom Gegenstand zwischen hoch hinauswühlenden Eltern und sich in ihrer Eigenart durchziehenden Kindern abgehandelt. Dabei blüht hier und da durch, daß die Akten in ihren jungen Tagen auch nicht immer so gewesen sind, wie sie hätten sein sollen. Natürlich siegt das junge Geschlecht. Der ausbrechende Gegenwartskrieg hilft ihnen über manche Schwierigkeiten hinweg. Die konservativ-gutmütige Mutter Road gibt schließlich, innerlich froh und beglückt, zu allem ihre Zustimmung: so wird eine Konvention zur Reuegehe und zwei Brautpaare erhalten den mütterlichen Segen. allerlei spöttische Verwicklungen werfen blühende Feiertagsblätter in den Ernst der Handlung.

Gespielt wurde flott und lebenswahr. Rosa Schäffel verkörperte eine prächtige Mutter Road. Arthur Winkler gestaltete den Restaurateur Hoffmann warmherzig und überzeugend. Würdichlos-eherlich wirkte Walter Gröbenitz als fliegender Fritz Hoffmann. Sehr lustig führten ihre Rollen durch Albert Heinrich (Schlächtermeister Kaulde), Gusti Hartmann (Schlächtermeisterstättin) und Arthur Kohl (Pseudo-Baron Petrovic). Ueberzeugend war auch das Spiel Marg. Meyer (Amalie), Melanie Wehler (Jolde), Emmi Dittmars (Adele), Fritz Werners (Stegmunn) und F. L. Widmanns (Kommerzienrat Dewitz). Hervorgehoben sei schließlich noch die für das gute Gelingen der Aufführung entschieden mitwirkende hübsche Inszenierung des Stückes.

Das „Kriegsziel“ des Steglitzer Hausbesitzervereins.

Aus der letzten Versammlung des Steglitzer Haus- und Grundbesitzervereins lesen wir im „Steglitzer Anzeiger“ u. a. folgendes: „Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß sich drei Firmen gemeldet hätten, die Wassermeister fabrizieren. Man beachtete diese einzuführen und dahin zu wirken, daß der Mieter das Wasser bezahlt, wie er ja auch das Gas bezahlen muß.“ Da selbstverständlich auch bisher schon der Mieter und nicht etwa der Hausbesitzer das Wasser bezahlt, so handelt es sich hier um ein ziemlich plummes Manöver, um Umwegen eine Mietssteigerung herauszuschlagen. Ob dieses Vorhaben in Gemeinschaft mit den in Aussicht stehenden 175 Proz. Kommunalsteuern den so sehrlich erhofften Zuzug von „zahlungsunfähigen“ Mietern nach Steglitz fördern wird, möchten wir doch bezweifeln.

Wer sind die Toten? Aus dem Oberhafen zu Neukölln gelandet wurde die Leiche eines Mädchens, die wohl etwa 14 Tage im

Wasser gelegen hat. Die Exhumierung konnte noch nicht festgestellt werden. Sie ist etwa 15—16 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat ein rundes Gesicht und braunes Haar und trug ein blaues Jackett, eine braune Bluse, einen schwarzen Oberrock, einen grünen Unterrock, schwarze Strümpfe und Schnürschuhe. Ihr weißes Leinenhemd ist nicht gezeichnet. Mitteilungen werden von der Neuköllner Polizei entgegengenommen. — Am Gartenufer im Tiergarten wurde aus dem Landwehrkanal eine Frauenleiche gefischt, die durch die Einwirkung des Wassers schon bis zur Unkenntlichkeit entstellte ist. Die Exhumierung mag etwa 70 Jahre alt gewesen sein. Ihre Kleider sind nur noch zum Teil vorhanden: ein schwarzes Jackett, ein dunkler Rock, ein graues Hemd und schwarze Strümpfe.

Waldlauf des Turnvereins „Fichte“. Am Sonntag fand der alljährliche Frühjahrs-Waldlauf über 2000 Meter in Ziegel-Schulzendorf statt. Es starteten von den Männern 15, Lehrlingen 45, Frauen 20. Als erster ging von den Männern Graditz (Weißensee) in der guten Zeit von 6,28¹/₂ Min. durchs Ziel, ihm folgten Hellwig (Fichte I), Kroll (Fichte X). Von den Lehrlingen war Joll (Fichte XIII) erster. Zeit 6,52¹/₂ Min. Nächstfolgende waren Kausch und Rehmann (Fichte XIX). Die Strecke für Frauen betrug 500 Meter und ging Turnschwester Heimann (1. Abt.) in der Zeit von 1,19 Min. als erste durchs Ziel. Zweite war Turnschwester Gutsche (Weißensee), dritte Turnschwester Raumbord (Fichte V).

Aus den Gemeinden.

Gaspreiserhöhung in Neukölln.

Der Hausbauausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Kommunalsteuernzuschlag auf 160 Proz. festzusetzen, ferner die Erhöhung des Gaspreises von 18 auf 15 Pf. pro Kubikmeter.

Aus der Gemeindevertretung Wittenau-Vorsigwalde.

In der letzten Sitzung konnten die Voranschläge zum Gemeindehaushalt für 1916 nur teilweise vorgelegt werden, da die Verwaltung mit anderen noch dringenderen Arbeiten, hauptsächlich mit der Nahrungsmittelbeschaffung, belastet war. Gegen das Vorjahr erhöht hat sich zunächst der Armenetat mit 4700 M. Das Schulwesen erfordert ebenfalls höhere Aufwendungen, besonders durch die angewachsenen Vertretungskosten. Alle anderen Statistiken dürften nur unwesentliche Änderungen erfahren. Die Verwaltung hofft mit einem Steuerzuschlag von 160 Proz. (im Vorjahre 150 Proz.) auszukommen, was den örtlichen großen Industriebetrieben zu danken sei. Für die Nahrungsmittelbeschaffung haben sich ganz erhebliche Aufwendungen nötig gemacht; hierbei ist festzustellen, daß infolge rechtzeitiger Vorkehrungen keine Ware verdorben ist. Der Bürgermeister hofft, daß im nächsten Jahre der Etat auf gesünderer Basis aufgestellt werden kann. Die Gemeindevertretung waren unter den dargelegten Umständen mit den gemachten Vorschlägen einverstanden und soll nach diesen der Gemeindeetat aufgestellt werden. Zum Schluß machte der Bürgermeister noch längere interessante Ausführungen über Beschaffung von Nahrungsmitteln, die nun wieder in guten Qualitäten und in ziemlichem Umfang vorhanden sein werden und dem Bedarf auf längere Zeit wohl genügen möchten, wenn damit hauswirtschafterlich umgegangen wird.

Gemeindevertreterversammlung in Nowawes.

In ihrer letzten Sitzung beschäftigte sich die Gemeindevertretung eingehend mit der Kriegsfürsorge für die erwerbslosen Angestellten und Arbeiter in der örtlichen Textilindustrie. Bürgermeister Wintemann führte aus, daß durch die Produktionseinschränkung der Fabriken ein großer Teil der Angestellten und Arbeiter beschäftigungslos geworden sei oder durch verkürzte Arbeitszeit recht fühlbare Lohnminderungen erlitten, weshalb der Staat sich zur Fürsorge gezwungen sehe. Er sei bereit, die Ausfälle zu ersetzen, verlange jedoch, daß die Arbeitgeber und Kommunalverbände zusammen ein Sechstel der erwachsenen Kosten tragen. Zuerst habe die Absicht bestanden, diese Aufgabe auf die Kriegsfürsorge abzuwälzen, die Mitglieder der Kriegsfürsorgekommission seien jedoch der Meinung, daß diese Aufgabe dem Kreise als Kommunalverband zufalle. Nach einem Ueberblick hätte die Gemeinde als Anteil zu dem geforderten Sechstel etwa 800—1000 M. wöchentlich zu leisten, eine Summe, die sie unzulänglich aufbringen könnte. Deshalb empfehle es sich, mit der Beschlußfassung über die vom Regierungspräsidenten zur Annahme empfohlenen Bestimmungen über die neu einzurichtende Fürsorge so lange zu warten, bis vom Kreise eine bindende Erklärung für die Uebernahme der Lasten eingegangen ist. Die Weiterberatung des Gegenstandes wurde schließlich in den nächstfolgenden Teil der Tagesordnung verlegt. — Für den im Mai in Angriff zu nehmenden Umbau der Gemeindefesträume, die in den Zimmern 18—15 des Rathauses untergebracht werden sollen, wurden 2000 M. bewilligt. — Als stellvertretender Vorsitzender des Kaufmanns- und Werbervereins wurde an Stelle des Schöffen Obst, der das Amt krankheitshalber niedergelegt hat, der bisherige Rentant und zukünftige Rämmerer Schmidt gewählt.

Mitgliederversammlung des Bohnsdorfer Wahlvereins.

In der vor kurzem stattgefundenen Mitgliederversammlung erbat der stellvertretende Vorsitzende Fritz Rubel Bericht über seine Tätigkeit im Reichstag und referierte seine Abstimmung über die Kriegskredite. Nach sehr lebhafter Diskussion sprach die Versammlung gegen zwei Stimmen ihrem Abgeordneten das volle Vertrauen aus und forderte ihn auf, im Reichstag sowie überall da, wo es notwendig ist, eine proletarische Politik zu vertreten, für Schaffung billiger und ausreichender Lebensmittel einzutreten und wenn möglich . . .

Gemeindevahlresultate.

Hofenschanzen. Bei der am Sonntag vollzogenen Stichwahl zur Gemeindevertretung wurde Fabrikbesitzer Frohloff mit 170, Genosse Max Thiele mit 167 Stimmen gewählt. Der bürgerliche Kandidat Dunger erhielt 165, Genosse Ferd. Krause 162 Stimmen.

Stralau. Bei der am 17. März stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurde der bisherige Vertreter Ferdinand Fischer mit 109 Stimmen wiedergewählt. Die Vertreter der zweiten und ersten Klasse ziehen ausgerufen mit dem Vertrauen von neun bzw. einer Stimme aufs neue in das Dorparlament ein.

Gemeindevertreterwahlen.

Bohndorf. Ende dieses Monats finden die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Die Listen zur Einsichtnahme liegen in der Zeit vom 15. bis 30. März im Gemeindebüro aus. Da die vor zwei Jahren in Gebrauch gegebenen Listen die Grundlage der neuen Listen bilden, so ist es Pflicht eines jeden Genossen, sich davon zu überzeugen, ob der Name in der Liste enthalten ist, anderenfalls er seines Wahlrechtes verlustig geht.

Soziales.

Die rechtliche Stellung des Zahlkellers.

Einen Rechtsstreit von grundsätzlicher Bedeutung hatte gestern die Kammer 6 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz zu entscheiden. Es handelt sich um die Frage, ob die Zahlkeller im Café Bauer als Angestellte oder, wie die Firma behauptet, als ihre Pächter anzusehen sind.

Der Kläger, der als Zahlkeller im Café Bauer beschäftigt war, forderte Rückzahlung der Beiträge, die er aus seinen Trinkgeldereinnahmen an die Firma abzuführen hatte. Zwischen dem Kläger und der Beklagten war ein Vertrag abgeschlossen. Nach dem Wortlaut desselben überträgt die Firma dem Zahlkeller das Zulasso in

einem von ihr zu bestimmenden Revier des Café Bauer mit der Ermächtigung, außer den Beiträgen, welche die Gäste an die Firma zu entrichten haben, auch die Trinkgelder in Empfang zu nehmen. Eine Mitbestimmung über die Zuweisung und Einteilung des Reviers hat der Zahlkeller nicht. Von seiner Gesamteinnahme (also Trinke und Trinkgeld) hat er 4 Proz. an die Firma abzugeben und außerdem jedem Zuträger (das sind die bedienenden Kellner) täglich 8 M. zu zahlen. Unter Berufung auf diesen Vertrag behauptet die Firma, der Kläger habe zu ihr nicht in einem Arbeitsverhältnis, sondern in einem Pachtverhältnis gestanden. Sie bestritt deshalb die Zuständigkeit des Gewerbegerichts und beantragte hierüber ein Zwischenurteil.

Das Gericht erklärte sich aus folgenden Gründen für zuständig: Nach dem Wortlaut des Vertrages liegt ein Pachtverhältnis vor. Geht man aber den Vertragsbestimmungen auf den Grund, so sieht man, daß es sich nicht um ein Pachtverhältnis handelt. Wesentlich für das Pachtverhältnis ist nach § 581 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, daß dem Pächter der Gebrauch des Pachtgegenstandes und der Genuß der Früchte desselben gewährt wird. Das ist hier aber nicht der Fall. Der Kläger hatte das Zulasso zu besorgen, das heißt, er hatte die Gelder einzuziehen, welche die Gäste der Firma schuldeten. Das ist lediglich eine Leistung von Diensten für die Beklagte Firma. Genau so, wie sie ein Kassenbote zu besorgen hat. Es kommt noch hinzu, daß der Vertrag Bestimmungen enthält, die wesentlich für den Dienstvertrag sind: Die Firma bestimmt die Arbeitszeit, sie legt die Art der Arbeitsausführung fest, sie schreibt dem Kläger vor, wie er sich im Dienst zu kleiden hat und überträgt ihm die Aufsicht über das Personal. Das alles sind Kennzeichen des Dienstvertrages. Daß die Firma auch die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung des Klägers zahlt, kann als unerheblich angesehen werden, weil die Firma glaubt, sie zahle die Beiträge nur, weil in diesem Punkt die Rechtsfrage zweifelhaft ist und es sich nur um geringe Beträge handelt. Der weiteren Verhandlung widersprach die Beklagte. Sie will gegen das Zwischenurteil Berufung einlegen. Die Entscheidung über die Forderung des Klägers kann deshalb erst gefällt werden, wenn das Zwischenurteil rechtskräftig geworden ist.

Diese Angelegenheit hat neben der rechtlichen Seite auch noch beachtenswerte soziale Momente. Wir haben hier wieder einen Fall, wo sich ein großes und angesehenes Unternehmen einen Teil der ihren Angestellten gegebenen Trinkgelder für die Geschäftskasse sichert. Eigentlich ist es doch so: Der Trinkgeld gibt, will damit den Empfänger des Trinkgeldes für eine Dienstleistung belohnen. Im Café bekommt aber nicht der Kellner, der die Gäste bedient, das Trinkgeld, sondern der Zahlkeller streicht es ein. Doch er darf nur einen Teil davon behalten. Im vorliegenden Falle muß er 4 Prozent seiner Einnahmen dem Unternehmer zahlen. Das heißt: Wenn der Zahlkeller eine Einnahme von 440 M. für Trinke und 60 M. Trinkgeld, zusammen also 500 M. hatte, so muß er natürlich die 440 M. an die Firma zahlen. Aber außerdem noch 4 Prozent von diesem Betrage, sowie von den 60 M. Trinkgeldern. Das macht 20 M. Meilen also dem Zahlkeller von dem Trinkgeld noch 40 M. übrig. Davon hat er jedem Zuträger 8 M. zu zahlen. Das ist erheblich mehr, als die Firma selbst den von ihr zur Bedienung der Gäste angeestellten Zuträgern zahlt. Diese erhalten, wie in der Prozessverhandlung angegeben wurde, von der Firma monatlich 50—70 Pf. und keine Kost. Von den Trinkgeldern wird also der größte Teil der Kellnerelöhne bezahlt; der Zahlkeller, der keine Gäste zu bedienen hat, zieht ein hübsches Einkommen aus den eigentlichen für andere bestimmten Trinkgeldern und die Firma steckt auch noch einen guten Teil dessen, was die Gäste für die Kellner bestimmt hatten, in die eigene Kasse.

Berichtszeitung.

Prozess „Preussisches Leihhaus“.

Gegen die ehemaligen Direktoren des „Preussischen Leihhauses“ in Berlin, Eduard Ekan, einen Mann von 72 Jahren, und Theodor Zweig, 51 Jahre alt, begann gestern ein umfangreicher Strafprozess vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Becker.

Die Angeklagten werden beschuldigt, in ihren Darstellungen und Ueberlieferungen über den Vermögensstand der Gesellschaft diesen teils unwahr dargestellt, teils verschleierte zu haben; ferner: durch die Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft für zwei Hypotheken zugunsten des vielgenannten Direktors Leo Schiffmann u. a., sodann durch die Herausgabe dem Leihhaus von Schiffmann verpfändeter Hypotheken zur Kreditverlangung für ihn und endlich durch die Hingabe von Darlehen an Schiffmann ohne sichere Unterlagen absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt zu haben. Durch diese Transaktionen mit Schiffmann soll das Preussische Leihhaus einen Verlust von mehr als 600 000 M. erlitten haben. Die Aktiengesellschaft „Preussisches Leihhaus“ ist mit einem Kapital von 1 329 600 M. gegründet worden. Ekan und Zweig waren früher Direktoren des Leihhauses und zwar Ekan vom 1. Juli 1888 bis 16. Januar 1911, Zweig vom 1. Januar 1907 bis 10. Dezember 1910. Schiffmann war ursprünglich mit angeklagt unter der Beschuldigung, Ekan und Zweig zu dem von diesen begangenen Unreue gegenüber dem Preussischen Leihhaus durch Geschenke, Versprechungen, Ueberredungskünste und Drohungen vorsätzlich bestimmt zu haben. Gegen ihn ist aber das Verfahren in dieser Sache zurzeit eingestellt worden, weil er wegen dieses Delikts nicht ausgeliefert worden ist. Mit der Firma Schiffmann u. Co. stand das Preussische Leihhaus seit dem Jahre 1906 in Verbindung. Schiffmann befahte sich mit Terraingeschäften jeglicher Art für fremde und eigene Rechnung und gründete zahlreiche Finanzierungsgesellschaften. Ende 1910 stellte die Firma Schiffmann u. Co. ihre Zahlungen ein und Schiffmann gründete im November 1910 die „Preussische Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung m. b. H.“, an die er seine Geschäftsanteile an 53 Gesellschaften mit beschränkter Haftung abtrat. Mitte Februar 1911 hat er die Firma Schiffmann u. Co. lösen lassen und einloß bald darauf mit seiner Geliebten, der Schreiberin Bertha Anhos, nach San Francisco. Beide wurden im April 1912 aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen. Sie gingen beide nach Wien und von da nach Zürich. Schiffmann ist wegen Konkursverbrechens und Unterschlagung von der Schweiz ausgeliefert worden.

Die Anklage beschuldigt nun Ekan und Zweig, durch Geldgeschenke Schiffmanns bewogen, ihrem Aufsichtsrat die enge Geschäftsverbindung des Preussischen Leihhauses mit Schiffmann verheimlicht und weiter dadurch absichtlich zum Nachteil ihrer Aktiengesellschaft gehandelt zu haben, daß sie Schiffmann auf ganz unzulängliche Unterlagen einen zu hohen Kredit gewährt haben. Im einzelnen wird ihnen vorgeworfen: Fälschung der Bilanz für den 31. Dezember 1909; Uebernahme zweier selbstschuldnerischer Bürgschaften durch das Leihhaus zugunsten Schiffmanns und zum Schaden der Gesellschaft, deren Aufsichtsrat die Uebernahme der Bürgschaften verheimlicht wurden; die Herausgabe dreier dem Leihhaus von Schiffmann verpfändeter Hypotheken an ihm ohne Rückzahlung der gegebenen Darlehen und ihre Verheimlichung vor dem Aufsichtsrat; Beilegung Schiffmannscher Werte in nicht zu vertretender Weise, wodurch allein dem Leihhaus ein Schaden von ca. 500 000 M. zugefügt sein soll. Im ganzen soll nach den Feststellungen des Konkursverwalters Franz Behnig dem Preussischen Leihhaus durch die mit Schiffmann vorgenommenen Transaktionen die Hälfte des Aktienkapitals verloren gegangen sein.

Beide Angeklagte geben auf Befragen zu, daß sie in gewissen Einzelheiten wohl nicht ganz schuldlos seien, bestritten aber, absichtlich zum Schaden des Preussischen Leihhauses gehandelt zu haben.

Für die Verhandlung sind 8 bis 10 Sitzungstage in Aussicht genommen. Da es sich hauptsächlich um Prüfung der einzelnen Schiffmannschen Werte, die den Angeklagten als Unterlage für

ihre Kreditwürdigkeit gegeben worden, handelt, werden zumeist trodene Zahlen in großer Folge aufmarschieren. Wir werden uns darauf beschränken, auf Einzelheiten nur insoweit zurückzukommen, als sie ein allgemeines Interesse darbieten.

Aus aller Welt.

Eine Tragödie auf dem Weißen Meer.

Zwei Ueberlebende der Besatzung des Dampfers der Wilsons-Linie „Sappho“, der Kriegsmaterial nach Rußland gebracht hatte, und der, weil er im Eise einfror, von der Mannschaft verlassen werden mußte, lehren „Stockholms Dagblad“ zufolge kürzlich nach Sull zurück und berichteten die tragische Geschichte der beiden Schiffbesatzung in der arktischen Zone. Von der 23 Mann betragenden Schiffbesatzung, die sich bei der Ausfahrt an Nord befanden, kamen nur drei Mann mit dem Leben davon, nämlich der zweite Steuermann und zwei englische Matrosen. Diese drei wanderten viereinhalb Tage unter den furchtbarsten Schwierigkeiten und Entbehrungen über das Eis des Weißen Meeres, während ihre Kameraden ermattet und erschöpft langsam zurückblieben und erfroren. Nur diesen drei glückte es nach ihrer Wanderung über das Eis festes Land zu erreichen. Nachdem sie einige Meilen zurückgelegt hatten, trafen sie einen Lappen, der ihnen weiterhalf. Der Dampfer „Sappho“, der Archangel im November verließ, frost im Eise fest und mußte am Weihnachtstagen verlassen werden. Der Proviant und das Wasser waren ausgegangen und so war der Aufenthalt auf dem Schiffe unmöglich. Das Schiff sah im Eise fest, das 8 Fuß dick war. Am Weihnachtstage machte man sich auf den Weg, man wanderte die ganze Nacht bei Mondlicht, aber um 10 Uhr morgens erklärte der Kapitän, daß er nicht weiter fort könne und übergab die Schiffspapiere dem Steward. Dieser wollte den Kapitän nicht verlassen und so blieben beide sowie ein Mann von der Besatzung zurück, während die anderen 19 weiter wanderten. Sie marschierten den ganzen Tag fort. Der Koch, dem die Füße erfroren waren, mußte ein Stück getragen werden. Schließlich erblickten sie Land, aber offenes Wasser und große Eisberge hinderten sie, dorthin zu gelangen. Hier war einer der Leute so erschöpft, daß er starb. Am dritten Tage begann ein furchtbares Schneesturm und am Abend fielen wieder einige Blöcke über die Wanderer vor sich das im Eis feststehende Schiff „Mascara“ aus Glasgow, das Paraffin geladen hatte. Dort fand man ein wenig Nahrung und konnte sich auch endlich wieder etwas Tee bereiten. Nachdem die Ueberlebenden 22 Stunden auf dem Dampfer zugebracht hatten, setzten sie den Marsch fort und er-

reichten schließlich festes Land. Man mußte sie noch 15 Stunden in neun Fuß tiefem Schnee über Berge und Täler weiter wandern und trafen schließlich einen Lappen mit seinem Schlitten und seinen Rentieren, der sie auf den richtigen Weg brachte.

Unregelmäßigkeiten bei einer Volksbank. Unter der Anschuldigung großer Unregelmäßigkeiten gegen die Wahrheit der Volksbank m. b. H. ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Der jetzige und der frühere Vorstand der Bank wurde verhaftet.

Die Papiernot der österreichischen Zeitungen. Dem „Morgen“ zufolge hat in Wien in der Handelskammer eine Beratung der im Zentralverein der Zeitungsunternehmer vertretenen Herausgeber von etwa 150 Tageszeitungen stattgefunden, um zur Bekämpfung der Mangelstände in der Papierherstellung Stellung zu nehmen. Die Versammlung, der auch Vertreter der Ministerien beizuwohnen, nahm eine Resolution an, in der u. a. um die Schaffung einer Papierzentrale, sowie um den Erlass einer Verordnung wegen behördlicher Festsetzung des Umfangs der Zeitungen ersucht wird.

Brandkatastrophe in einer Pariser Automobilampnenfabrik. Die Nebengebäude der Automobilampnenfabrik Ducloux im Passage du Bac wurden, wie aus Paris gemeldet wird, durch Feuer teilweise zerstört. Bis jetzt wurden vier Leichen aus den Trümmern geborgen. Noch vier weiteren Leichen wird gesucht.

Doppelraubmord in einem Stockholmer Bankgeschäft. Wie aus Stockholm gemeldet wird, ist dort in einem kleinen Bankgeschäft ein Raubmord verübt worden, dem der Bankkassierer Lundgren und der Kontorist Wolf zum Opfer gefallen sind. Der Räuber, der anscheinend meinte, daß beträchtliche Gelder zur Auszahlung bereitgestellt waren, gab auf die beiden Beamten mehrere Schüsse ab, durch die diese so schwer verwundet wurden, daß sie nach kurzer Zeit ihren Verletzungen erlagen. Dem Mörder gelang es, mit seiner Beute zu entkommen.

Parteiveranstaltungen.

Reinickendorf-Ort. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins, im Restaurant Sedan, Residenzstraße 124. Vortrag des Genossen Herrn Käller: „Aus der englischen Arbeiterbewegung.“ Die bevorstehende Gemeindevorwahl (Aufstellung der Kandidaten).

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr im Kurfürsten, Berliner Str. 102: Mitgliederversammlung mit Gdten. Dr. J. Herzfeld spricht über Steuerfragen. Der für Mittwoch, den 22. März, angeetzte Jahrsabend fällt aus.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. Vohndorf. Dienstag, den 21. März, nachm. 4 Uhr, im Lokal von R. Schulze in Vohndorf. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Ein. Die Ruffler erhält die Unterstützung in Danzlau. Wenn sie nach Berlin verziehen sollte, muß die dortige Gemeinde die Unterstützung nach hier überweisen. — **G. C. 103.** 1. Das Erbtell des Verstorbenen fällt Ihnen zu. 2. Sie haben keinerlei Anrecht auf die Invalidenversicherung des Sohnes. — **A. T. 100.** Eine solche Verfügung, wonach eine Kündigung an Kriegervätern unzulässig wäre, besteht nicht. Kündigung kann jederzeit erfolgen. Sie muß auch an den Mann rechtzeitig erfolgen, falls nicht im Vertrage extra steht, daß die Kündigung, an den einen Mieter gerichtet, auch für den anderen Gültigkeit hat. — **G. R. 100.** Sie werden jetzt, solange der Mann beim Militär steht, Zahlung schwer erlangen können. Sich an das Regiment zu wenden ist zwecklos. — **A. S. 3.** Zurückgestellt wegen Herzleidens; zurzeit dienstuntauglich. — **G. R. 6. 16. 33.** 1. Sie können das durch ein eigenhändig geschriebenes Testament. 2. Kirchensteuer muß noch für 1915 gezahlt werden. 3. Dagegen werden Sie in Rücksicht auf die Kriegslage nichts unternehmen können. — **Kriegsanleihe 21. 27. Ja. — Landturn 1889.** Ja, stellen Sie einen solchen Antrag. — **C. B. 4.** Untzigtlich aus unserer Kenntnis. — **A. 5. Ja.** Frau Anna Morgenstern gegründete Berliner „Volkstaschen“ bestehen nicht mehr in der ursprünglichen Form. Der Verein unterhält jetzt noch ein paar „Spezialtaschen“, die höhere Preise nehmen. 2. In welcher Nummer (oder zu welcher Zeit ungefähr) erschien die Notiz? — **D. R. 50.** Die im „Vorwärts“ erwähnten Stotterkurse sind nur für Berliner Gemeindegewählte bestimmt. An unentgeltlichen Kurzen dieser Art für Gemeindegewählte ist leider. Vielleicht würden Sie bei dem Spracharzt Prof. Dr. Gubmann (Schöneberger Ufer 19) eine Behandlung zu ermäßigten Preisen oder unentgeltlich erhalten können. Fragen Sie dort wegen der Bedingungen persönlich an. Zur Selbsthilfe können Sie bemerken die im „Vorwärts“-Bericht erschienene kleine Schrift von U. Jordan über Verhütung und Heilung des Stotterens, Heft 14 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek. — **A. Ja. — A. S. 52.** Wenn Bedürftigkeit als vorliegend anerkannt wird, ja. — **G. 23. 1. Ja;** wenn keine besondere Vereinbarung getroffen ist, so haben Sie vierjährige Kündigung zum Quartalschluß, sechs Wochen vorher. 2. und 3. Nein. — **A. S. 20.** Lungenerkrankung, zurückgestellt. — **G. M. 67.** Die Unfallrente kann für Stillsicherungen nicht gepfändet werden. — **Grünau.** Sie haben Anspruch auf Krankenrente. Der Antrag ist bei der Ortspolizei in Grünau einzureichen. — **Marie 1880.** Die Kriegswitwenrente kann der Frau nicht entzogen werden. Für die Kinder muß ein Vormund bestellt werden, der durch das Vormundschaftsgericht bestimmen lassen kann, daß die Kinder anderweitig untergebracht werden. — **D. R. 12.** Die Firma muß die verkaufte Zeit bezahlen.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Im Küstengebiet kühl und vielfach neblig; im Binnenlande mild, veränderliche Bewölkung und besonders im Südwesten leichte Regenschauer.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. Berliner Reichstagswahlkr.
Görlitzer Viertel, Bezirk 202 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kaufmann

Arnold Schulz,
Forster Str. 47
gestorben ist. 212/11

Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 22. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in Treptow, Baum/Schulzenweg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Fern von der Heimat mußte unser lieber, guter Sohn und Bruder

Paul Eilenberg
Altkriegs-Inf.-Reg. 48, 5. Komp.,
am 13. März 1916 durch seine schwere Verwundung (Müdenbruch) im Feldlazarett im Alter von 23 Jahren sein junges, blühendes Leben lassen.
In tiefer Trauer
Robert Eilenberg und Frau geb. Raabe, als Eltern,
als Geschwister: Robert und Frau geb. Reuten, als Schwägerin,
Walter, zurzeit im Felde. Martha.
Wir werden Dich nie vergessen! 4455

Als Opfer des Weltkrieges fand unser einziger innigstgeliebter hoffnungsvoller Sohn

Eduard Becher
Inf.-Reg. Nr. 24, 4. Komp.,
am 8. März durch ein Sprengstoff im Alter von 22 Jahren seinen Tod.
In tiefstem Schmerz
Die tiefbetrübten Eltern und alle Verwandten.
Kein Kranz, keine Blume der Eltern kann denen die zu, zum Schlaf auch so, lieber Sohn, in Ruh',
Wir werden Dich immer vergessen! 4

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Franzosen bei der Beerdigung meines geliebten Mannes

Gustav Preil
Sagen wir allen so zahlreich erschienenen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Deutschen Telephonwerke, dem Transportarbeiterverband, dem Wahlverein (Bezirk Lichterberg), dem Personal der Gummimantelfabrik, den Sängern und Herrn Schmal für die trostreichen Worte auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Gattin
Elisabeth Preil, geb. Ratholt,
nebst Verwandten. 4

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Karl Sarnetzki
am 17. März im Alter von 71 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserlich-Königlichen Friedhofes in Weihensee, Lichterberger Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Bezirksverwaltung.
63/2

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Arbeiter

Andreas Jankowski
im Alter von 70 Jahren am 16. März verstorben ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Albert Jankowski (zurzeit im Felde),
Georg Jankowski, als Sohn.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem städtischen Friedhofe in Reutbahn statt.

Als Opfer dieses Weltkrieges starb am 8. März mein innigstgeliebter Gatte, unser guter Vater, der Landsturmmann

Josef Wolf
Infolge einer schweren Rippenfellentzündung im Feldlazarett.
Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Margarete Wolf
nebst Kindern.
Vorbei ist Liebe und Sonnenschein,
Vorbei ist Hoffnung und Glanz.

Eine glänzende Zukunft
wird allen erblühen, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen u. rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen, um teilzunehmen an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der die sichere Folge dieses Völkerrings sein wird. Es werden überall

gebildete u. leistungsfähige Mitarbeiter gesucht
sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustin“. Ausführl. 99 S. starke Broschüre kostenlos durch

Bonnes & Hachfeld, Potsdam
Postfach 224.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Karl Penning
(Bezirk Norden)
am 16. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in der Seestraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
135/11 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Krieges starb am 26. Februar 1916 im blühenden Alter von 21 Jahren mein lieber Sohn und Bruder

Karl Frinke
vom Inf.-Regt. Nr. 155.
Dies zeigen an
Frau Luise Frinke,
Gertrud Frinke,
Familie Rath.
Wir werden seiner stets gedenken. 4515

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Franzosen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten, dem dritten Wahlkreis, den Kollegen und Vorstand der Lichterberger Ortskrankenkasse, der Berliner Genossenschaftsbäder, der freiwilligen Gemeindev. den Sängern, insbesondere dem Herrn Ranasse für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Pauline Schweizer
nebst Angehörigen.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentauß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berührung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—2 und 4—8



Schwere Arbeit
in der Fabrik bedingt oft einen Aussenhalt in schlechter Luft. Kleine Metall- oder Staubteilchen setzen sich im Halse fest und führen zu Reizerscheinungen oder Entzündungen.

Walden TABLETTEN
Schnellen angenehmen lösend und durstlöschend, ihre wertvollen Bestandteile bewirken erhöhten Speichelfluss und somit eine natürliche Reinigung, die zugleich vor Anstauungsgefahr schützt.

Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.—.
Warnung vor Nachahmungen! — Verlangen Sie stets „Walden“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 155, 1239, 1957, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Mittwoch, den 22. März 1916, abends 8 Uhr:

Bersammlung
der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller in mechanischen Betrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Lehner.
2. Diskussion.
3. Bericht der Branchenkommision und Neuwahl derselben.
4. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In der gegenwärtigen Zeit ist es mehr denn je Pflicht eines jeden, in dieser Bersammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Bersammlung wird pünktlich eröffnet: 114/1 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges mußte unser einziger lieber guter Sohn, der Landsturmmann

Hermann Görlich
Leib-Ordn.-Reg. Nr. 8, 4. Komp.,
sein Leben lassen. 4465
Dies zeigen an
Die tiefbetrübten Eltern und Verwandten.
Nun ruhest Du ohne Totenschrein in blutgetränktem Bette.
Es schmerzt kein Kreuz, kein Leichenstein
Die unbekannte Stätte.
So schläfst Du jetzt den letzten Schlaf.
Wir denken Dich mit Schmerzen.
Das Blut, das Dich zu Lode trug,
Irrerleht dahin die Herzen.
Der Dich gekannt, so freu und schließt,
Zur Leben, im Beruf, vergißt
Dich nicht.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Bureau: Weichhorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Gormannstraße 13.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 3791-97.

Donnerstag, den 23. März 1916, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Bersammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Filialvorstandes. 2. Neuwahl derselben. 3. Bericht von der Generalbersammlung in Berlin. 4. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet das Erscheinen aller Kollegen
Die Ortsverwaltung.
135/10

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Deinisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.

Münzen
kauft Ball.
Münzenhandlung.
Wilhelmstr. 46/47

Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
Anh. P. Gollets
Marianenstr. 3. Tel. Mpl. 346

Spezial-Arzt
Dr. med. Haedicke
Syphilis, Blutprobe, Ehrlich-Hata-Kur, Haut- und Harnleiden.
Chausseestr. 112, a. Stett Bahnh.
11-1 u. 5-7. Sonntags 12-1.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
Gothischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksteatrum. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bandagen.
Telefant für alle Krankenfällen